

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 1. Juni 2015**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

44. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.02 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 43. Sitzung des Gemeinderates vom 27.4.2015 liegt zur
Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Inge Maderthaler
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Mag. Petra Lipp

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 21.5.2015 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte einmal in der Öffentlichkeit eine Information eines Welser Unternehmers an den Herrn Baudirektor weitergeben. Dieser bedankt sich namens seines Unternehmens bei der Baudirektion für die exzellente, professionelle und rasche Abwicklung der gewerbebehördlichen, baubehördlichen und planungstechnischen Verfahren. Wenn eine große Unternehmensgruppe dies so zum Ausdruck bringt, ist das ein deutliches Zeichen. Wir dürfen uns dem Dank anschließen und ich darf bitten, dies auch den Mitarbeitern weiterzugeben.

Darüber hinaus habe ich über das vergangene Wochenende stattgefundenere Römerfest äußerst positive Rückmeldungen erhalten. Vielen Dank an den Verein Ovilava und unseren eigenen Mitarbeitern.

Damit wollte ich zum Ausdruck bringen, dass ich neben dem einen oder anderen besprochenen Thema betreffend Qualität der Arbeitsleistungen sehr positive Rückmeldungen über die MitarbeiterInnen des Magistrates der Stadt Wels aus der Bevölkerung erhalte. Dafür herzlichen Dank!

Aktuelle Stunde

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Kinderbetreuung“ bekannt gegeben.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Im April 2014 stellte die SPÖ-Fraktion einen Antrag zum Ausbau der Kinderbetreuung. Dieser wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen. Dieses möchte ich wiederum zur Sprache bringen, um verstärkt auf dieses wichtige Thema aufmerksam zu machen.

Damals beschlossen wir die Vorlage eines Konzeptes für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige. In diesem soll auch die Betreuung für Kinder ab dem 12. Lebensmonat berücksichtigt werden. Leider hat es der zuständige Referent in über einem Jahr noch nicht geschafft dieses vorzulegen. Es gab zwar eine

Eltern-Umfrage, in der nun die weitere Vorgangsweise betreffend dem Welser Betreuungssystem für Kinder festgelegt wird. Doch durch diese Umfrage hat sich momentan für Niemanden etwas verbessert und es gilt die Frage, wann es denn so weit ist? Was Bedarfsumfragen angeht weiß man seit Jahren, dass der Bedarf erst gegeben ist, wenn es das Angebot dazu gibt. Fakt ist, direkte Gespräche mit jungen Eltern bringen mehr bedarfsgerechte Ergebnisse, als irgendwelche Umfragen.

Dass eines der Ergebnisse ganz sicher der hohe Bedarf an Krabbelstubenplätzen ist, dafür bedarf es keiner zeitaufwendigen Umfrage. Darüber muss man nur mit einigen jungen Eltern reden. In meinem persönlichen Umfeld tue ich das gerade. Mit meiner Tochter bin ich sehr viel unterwegs bei diversen Treffs und Mütterverbindungen. Tagtäglich werde ich auf dieses Thema angesprochen.

Wir sind alle für Wahlfreiheit der Familie oder wollen wir die Familie bevormunden, was das Beste für ihre Kinder ist? Jede Mutter, jeder Vater weiß, was für ihr, für sein Kind das Beste ist. Auch wenn Eltern überfordert sind, finden diese womöglich eine Kinderbetreuung als die bessere Lösung. Diese Wahlfreiheit ist aber nur möglich, wenn es ein bedarfsgerechtes Angebot gibt. Dieses gibt es derzeit nicht. Auch anhand der Wartelisten kann der dringende Handlungsbedarf sofort erkannt werden.

Schauen wir uns die Situation junger Familien an: Jede Familie hat ihre eigene Geschichte. Fakt ist, die Eltern müssen oder wollen heute mit unterschiedlichsten Bedürfnissen relativ rasch ins Berufsleben einsteigen. Dies ist nur mit einer adäquaten, guten Betreuung der Kinder möglich. Wer Großeltern hat, die in der Nähe wohnen, nicht mehr berufstätig sind und auch noch nicht zu alt für die Betreuung und Unterstützung der Kinder, hat es da schon leichter. Diese Situation ist heutzutage in sehr seltenen Fällen gegeben, was ich in meinem persönlichen Umfeld - wie vorhin angesprochen - feststellen muss. Ich erlebe es immer wieder, dass mir Eltern verzweifelt berichten ihr Kind bereits wenige Wochen nach der Geburt für einen Krabbelstubenplatz angemeldet zu haben und trotzdem immer noch zittern müssen, ob sie einen Platz bekommen oder ob sie nur auf der Warteliste stehen. Somit ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Gleichzeitig möchte ich noch einen anderen Punkt erwähnen. Es geht nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern. Wenn wir von Kinderbetreuung sprechen, natürlich immer von familienergänzender und unterstützender, niemals von familienersetzender, müssen wir die Kinder in den Mittelpunkt dieser Diskussion stellen.

Von unserer Seite muss unbedingt erwähnt werden, dass Kinderbetreuung nicht bei Krabbelstuben und Kindergärten aufhört, sondern auch Horte und Nachmittagsbetreuung von großer Wichtigkeit sind, um Familie und Beruf zu vereinen. Dass auch bei diesen beiden Institutionen das Angebot den nachgefragten Bedarf nicht abdecken kann, muss wahrscheinlich nicht erwähnt werden. Wichtig ist hier, dass das eine das andere nicht ausschließt, sondern sowohl Hort als auch Nachmittagsbetreuung den vielen Bedürfnissen entgegenkommt. Dies muss individuell entschieden werden können. Aus unserer Sicht ist es daher unerlässlich, dass Konzepte der jeweiligen Stadtteilentwicklungen, die all diese Aspekte der Kinderbetreuung vom Kleinkind bis Schulkind beinhalten, zusätzlich ausgearbeitet und vorgelegt werden müssen.

Die Qualitätsstandards der institutionellen Kinderbetreuung hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt – gerade in der Kleinkinderpädagogik. Wir dürfen also den Bildungseffekt, den diese Einrichtungen erfüllen, nicht vernachlässigen. Kinder

werden in sprachlichen, motorischen, musischen Ausbildungen unterstützt und entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen, Interessen und Talenten gefördert. Vor allem aber ist der Umgang mit Gleichaltrigen für die Kinder in diesem Alter sehr förderlich.

Werte KollegInnen! Lassen wir unsere Familie nicht im Regen stehen, denn wissenschaftlich gesehen kommt es nicht darauf an, ob ein Kind zu Hause oder in einer Institution betreut wird. Die Qualität macht es aus. Wels hat, was die Qualität der Kinderbetreuung angeht, schon seit Jahrzehnten eine Vorreiterrolle. Hier möchte ich die Gelegenheit nutzen um mich bei den PädagogInnen unter der Leitung von Frau Mag. Edda Rebernick und Frau Elisabeth Weidinger sehr herzlich zu bedanken, welche diese Qualität ermöglichen. Es braucht nun unseren gemeinsamen politischen Willen und unser rasches Handeln Beschlüsse zum raschen Ausbau zu fassen, um allen Familien eine bedarfsgerechte Betreuung zu ermöglichen.

GR. Josseck-Herdt: Das Thema Kinderbetreuung ist ein weites Feld. Beginnend mit der pädagogischen Betreuung von Kleinstkindern bis zu den 14-Jährigen in Horten und in Ganztagschulen. Im Oktober 2014 wurde der Auftrag zur Erstellung eines Entwicklungskonzeptes zur Kinderbetreuung in der Stadt Wels von 2015 bis 2020 an die zuständigen Abteilungen erteilt.

Die Oö. Landesregierung hat im Vorfeld die Stadt Wels beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu erarbeiten, damit der derzeitige und zukünftige Bedarf an Betreuungsplätzen gedeckt werden kann. Im ersten Schritt musste der Bedarf natürlich an Plätzen in den Krabbelstuben, Kindergärten, Horten und Ganztagschulen ermittelt werden. Zu diesem Zweck wurde eine umfangreiche Befragung der Eltern von Kindern im entsprechenden Alter durchgeführt. Es wurde abgefragt: Situation der Mutter, des Vaters, alleinerziehend, berufstätig usw., Alter des Kindes, Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen, Zufriedenheit mit der Qualität, was soll verbessert werden, welche Betreuungsform wird in den nächsten Jahren benötigt? Das Interesse der Eltern scheint wirklich sehr groß gewesen zu sein. 40 % haben den Fragebogen ausgefüllt und retourniert. Eine 40 %ige Beteiligung ist beeindruckend und stellt schon eine repräsentative Grundlage dar, wie es mit der Kinderbetreuung in Wels weitergehen soll.

Wie uns im Ausschuss mitgeteilt wurde, ist die Auswertung der Befragung gerade fertig geworden. Das Ergebnis soll in den nächsten Wochen den einzelnen Fraktionen erörtert und die Erkenntnisse zur Diskussion gestellt werden. Dass Krabbelstubenplätze, wie meine Vorrednerin bereits erwähnte, dringend benötigt werden, ist wahrscheinlich für uns alle keine Überraschung. Aber, ob sie bereits für Kinder ab dem 1. Lebensjahr gebraucht werden oder erst ab 1,5 Jahren, wie es jetzt der Brauch ist, steht noch nicht fest. Auch der Wunsch nach ganztägiger Betreuung der Schüler wird sicher geäußert werden, denn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss unbedingt möglich sein. Aber in welcher Form, ob im Hort, in einer Ganztagschule mit Nachmittagsbetreuung oder mit verschränktem Unterricht, sollen die Eltern selbst entscheiden.

Die Welser Freiheitlichen sagen, die Entscheidungsfreiheit ohne Zwang muss gewährleistet sein. Ich will mich namens meiner Partei sehr herzlich bei den Damen und Herren der Kindergartenverwaltung bedanken. Es war sicher eine umfangreiche Arbeit, die zu unserer vollsten Zufriedenheit durchgeführt wurde. Aber das war nur der erste Schritt.

Jetzt müssen weitere Maßnahmen, Gespräche und Untersuchungen folgen. Im Situationsbericht von Frau Weidinger ist beschrieben, welche Maßnahmen anschließend bzw. gleichzeitig erfolgen müssen. Rücksprache mit der Stadtentwicklung über Baumaßnahmen und Firmenansiedelungen, Auswertung der Vormerkungen in allen städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, Bedarfserhebung aufgeteilt auf die einzelnen Stadtteile und die Erstellung der erforderlichen Maßnahmen, wie Neubauten, Umbauten und Erweiterungen, dazu Kostenschätzungen, Zeitpläne usw. Das alles bedeutet viel Arbeit und benötigt dementsprechende Zeit. Ich erhoffe mir viele handfeste Erkenntnisse, auf denen ruhigen Gewissens große Investitionen getätigt werden können.

StR. Zaunmüller: Zunächst schließe ich mich der Kollegin Josseck-Herdt an und möchte ein herzliches Dankeschön an die KindergartenpädagogInnen, an alle Verantwortlichen der Nachmittagsbetreuung, der Kinderbetreuung aussprechen. Ganz explizit bedanke ich mich bei Frau Mag. Rebernick und ihrem Team. Diese leisteten in den letzten Monaten ausgezeichnete Arbeit, um zu diesem Ergebnis zu kommen.

Frau Kollegin Brenner-Nerat, sie sind vielleicht nicht ganz darüber informiert, was in den letzten Monaten an Arbeit und Initiativen hineingesteckt wurde. Vielleicht auch dahingehend, was die Elternbefragung durch Herrn Bürgermeister und mich als Referenten betrifft. Wenn sie glauben es dauerte zu lange, dann lade ich sie ein, schauen sie sich dieses Konvolut an Akten in der zuständigen Abteilung an, die neben der ganz normalen großen Tagesarbeit bewältigt wurde. Sie haben bestimmt mit verschiedenen Elternteilen gesprochen. Diese haben ihre Meinung dazu geäußert. Das ist auch gut so.

Mir ist es jedoch wichtiger, ich erhalte ein repräsentatives Bild mit Zahlen, Daten und Fakten, was die Welser Eltern wirklich wollen, als das ich Gespräche führe – die auch wichtig sind – und daraus einzelne Momentaufnahmen erhalten. Das wäre mir für Investitionen, die in diesem Bereich dringendst notwendig sind, einfach zu wenig als Entscheidungsgrundlage.

Ich darf sie weiter aufklären, was die Ergebnisse bzw. den Status Quo betrifft. Differenzieren muss man zwischen Klein- und Schulkindern. In der Noitzmühle haben wir seit 2009 eine Krabbelstube, in Laahen zwei, in der Vogelweide eine plus eine alterserweiterte Gruppe und in der Siebenbürgerstraße eine alterserweiterte Gruppe. Weiters gibt es zwölf privat geführte Krabbelstuben. Also das Angebot in der Stadt Wels ist sehr hoch, aber – das darf ich mit voller Überzeugung sagen – es ist noch genug „Luft nach oben“.

Die Krabbelstuben in Wels auszubauen ist mir sehr wichtig – nicht aber nur die Krabbelstuben. Die Zahlen, Daten und Fakten, was den Hortbereich betrifft, haben auch hier entsprechenden Handlungsbedarf ergeben. Z.B. halte ich es - das deckt sich mit den Erkenntnissen der Befragungen - für sehr wichtig, den Neubau des Kindergartens in der Pernau zu realisieren. Und zwar deswegen, weil in der Pernau eine hohe Bevölkerungsdichte verzeichnet ist. Im Kindergarten Pernau haben wir bereits zwei zusätzliche Kindergartengruppen in Form von Doppelnutzungen, damit der Bedarf gedeckt werden kann. Das ist meiner Meinung nach keine dauerhafte Lösung, sondern kann wohl nur eine Übergangslösung sein. Da der Kindergarten Pernau grundsätzlich

stark sanierungsbedürftig ist, wurden bereits Gespräche mit der hausinternen Fachabteilung geführt bzw. weitere Vorgangsweisen abgeklärt.

Als weiteren sehr wichtigen Punkt halte ich den Ausbau des Kindergartens Noitzmühle. Dort haben wir ebenfalls eine sehr hohe Bevölkerungsdichte. Die Warteliste im Kindergarten Noitzmühle besteht aus 28 Kindern. Im ersten Moment ist dies nicht so erschreckend, aber ich sage ihnen auch, ich möchte jedes dieser 28 Kinder natürlich im Kindergarten wissen. Das bei einer Gesamtkapazität von rund 120 Kindern. Auch hier wird bereits eine Gruppe in Form einer Doppelnutzung geführt, um den Bedarf zu decken. Das kann aber keine Dauerlösung sein. Hier ist entsprechender Handlungsbedarf gegeben.

Weiters ist es erforderlich den Kindergarten Neustadt auszubauen. Dort wird bereits eine provisorische Gruppe in Form einer Doppelnutzung geführt. Last but not least was die Kindergärten betrifft ist es erforderlich etliche bestehende Kindergärten zu sanieren. Hier gibt es bereits ein Programm, welches gilt in der nächsten Legislaturperiode abzuarbeiten.

Neben der Errichtung eines Schulneubaus in Wels West brauchen wir im westlichen Stadtteil von Wels ebenfalls einen Ausbau der Kleinkinderbetreuungseinrichtungen.

Noch ein paar Sätze zur Kinderbetreuung von sechs bis fünfzehn Jahren. Die qualitative Betreuung in der Stadt Wels unser Schulkinder ist ausgezeichnet, das möchte ich ausdrücklich betonen. Im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden ist in der Stadt Wels überwiegend qualifiziertes Personal im Einsatz. Das halte ich deswegen für besonders wichtig, weil damit gewährleistet ist, dass die uns anvertrauten Kinder auch am Nachmittag von qualifiziertem Personal entsprechend gefordert und gefördert werden. Lediglich bei der Essensausgabe oder bei der Pausenregelung gibt es sog. Ersatzpersonal. Neben dem bereits bestehenden sehr guten quantitativen und qualitativen Angebot ist eine Verbesserung der Tagesbetreuung anzugehen und umzusetzen. Meiner Meinung nach sollte die schulische Tagesbetreuung an allen Welser Pflichtschulen ein Teil des pädagogischen Welser Gesamtkonzeptes werden.

Sie kennen sicher noch unser Schulsanierungskonzept II. Dieses ist im Wesentlichen abgearbeitet und mündet in das Schulsanierungskonzept III. Aus diesem – obwohl noch nicht beschlossen – wurden bereits etliche Punkte umgesetzt, realisiert bzw. befinden sich sogar schon im Umbau. Wir brauchen auf alle Fälle eine Generalsanierung von einzelnen Schulgebäuden. Viele Schulgebäude sind fünfzig bis siebzig Jahre alt. Wir brauchen die Sanierung bzw. Erweiterung der Schulen Stadtmitte mit einer Doppelturnhalle. In Planung ist der Turnsaal in der Volksschule Puchberg. Auch hier wird es heuer eine entsprechende Präsentation dieses Gebäudes geben.

Dringend notwendig ist eine neue Schule im Stadtteil Wels-West. Ein sich entwickelnder, aufstrebender Stadtteil. Dort gibt es bereits Überlegungen – ich bin überzeugt sie kennen diese – eine entsprechende Schule mit allem was dazu gehört, beispielsweise Kindergarten und Krabbelstube, zu etablieren, um die bestehenden Schulsprengel dringend zu entlasten. Sie, sehr geehrte Frau Mag. Brenner-Nerat, haben mir diesbezüglich die Bühne gegeben, um die Umsetzungen anzukündigen, was sie vergeblich als noch nicht erledigt moniert haben.

GR. Mag. Mayerhofer: Es wurde im Gemeinderat ein einstimmiger Beschluss gefasst, der tatsächlich noch immer nicht umgesetzt ist. Ich kann ihren Ärger, ihre Sorge darüber sehr gut verstehen. Kollege Zaunmüller sprach bereits das Schulsanierungskonzept III an. Auch dieses wurde im Gemeinderat vor mittlerweile zweieinhalb Jahren einstimmig beschlossen. Das Konzept „liegt immer noch in der Warteschleife“.

Besonders bedauernswert finde ich, dass selbst im darüber beratenden Ausschuss die Diskussion ohne jegliche Begründung verweigert wird. Das sollte mit diesem Antrag nicht passieren. Sondern jetzt, wo wir Daten, Fakten und Zahlen vorliegen haben, die ganz klar aussagen es gibt einen Bedarf an Klein- und Kleinstkinderbetreuung, es besteht die Notwendigkeit der Stadt zu handeln, hoffe ich doch sehr, dass wir diese Notwendigkeit erkennen und auch schnell ins Tun kommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Zu den Aussagen von GR. Josseck-Herdt darf ich sagen, in einigen Dingen stimmen wir überein, z.B. Stadtentwicklung, Bevormundung der Eltern. Vielen Dank auch an die GRÜNEN für die gleiche Meinung.

Zu den Ausführungen von StR. Zaunmüller: Auch ich sagte „Luft nach oben“. Die Kinderbetreuung geht von Kleinstkindern bis zu Kindern in Horten und in der Nachmittagsbetreuung. Vieles wurde gesagt, sicher ist bereits etwas getan worden, aber es ist noch viel zu tun.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Schulschwänzen und freiwillige Sozialleistungen
DI-Verf-156-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

GR. LAbg. Dr. Peter Csar ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Folgende Angelegenheiten bedürfen einer Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln und der Zustimmung von zwei Dritteln der Anwesenden:

TOP 3: Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse neuerlich abgeändert wird (8. Novelle der GOGR)

und

TOP 4: Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Wels neuerlich abgeändert wird (5. Novelle der GOST).

Bitte dies bei den Abstimmungen zu beachten.

Zu TOP 1.) gibt es einen Abänderungsantrag (Anlage 2) der SPÖ-, ÖVP- und GRÜNEN-Fraktion mit folgendem Inhalt:

„Die antragstellenden Fraktionen stellen folgenden Abänderungsantrag und die Antragsformel soll lauten:

1. Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt ein Konzept für die Schaffung eines Sprachkompetenzzentrums zu erarbeiten. Das Konzept soll unter Einbeziehung von Experten und unter Berücksichtigung pädagogischer Erfordernisse entstehen und ein zusätzliches Angebot zur bestehenden Sprachförderung in den Pflichtschulen darstellen. Aufgabe dieser Einrichtung soll die Förderung der Sprachkompetenz von Pflichtschülern, die aus Gründen fehlender oder nur rudimentär vorhandener Sprachkompetenzen den Regelunterricht nicht folgen können, sein.

Begründung:

In allen Welser Volksschulen (außer der VS Puchberg) gibt es in der Grundstufe 1 (= 1. und 2. Schulstufe) ein System der Sprachförderklassen. In dieses System der Sprachförderung werden alle Kinder, welche nicht Deutsch als Muttersprache haben, integriert.

Die Sprachfördergruppen setzen sich aus 8 – 12 Kindern zusammen. Eine zusätzliche Lehrkraft unterrichtet/fördert (11 Unterrichtsstunden pro Woche) die SchülerInnen dieser Zielgruppe. Die pädagogische Umsetzung liegt in den Händen der entsprechenden Schule und ihren PädagogInnen.

Für Kinder, die in höhere Volksschulklassen einsteigen (sogenannte QuereinsteigerInnen), gibt es an zwei Standorten (Pernau VS 4 und Stadtmitte VS 2) Sprachförderklassen, in denen die QuereinsteigerInnen zusammengefasst werden.

Zur Absicherung der Ergebnisse oder für die Einleitung weiterer Maßnahmen werden zu Beginn und zu Ende des Schuljahres Sprachtests durchgeführt. Für SchülerInnen, die in die nächste Klasse aufsteigen und die die Ziele nicht erreichen konnten, wird auch im zweiten Schuljahr der Sprachförderunterricht angeboten.

Zur Ergänzung und im Zusammenspiel mit diesem erfolgreichen System der Sprachförderung soll der Magistrat konzeptiv tätig werden.“

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Debatte miteinfließen zu lassen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

vordringlicher Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Konzept für die Errichtung eines Sprachkompetenzzentrums
DI-Verf-147-2015

Vzbgm. Dr. Rabl: Gegenständlicher Antrag der FPÖ-Fraktion beschäftigt sich mit einem ganz einfachen Problem, das in der Lösung aber höchst komplex ist und mit dem wir immer mehr zu tun haben. 72 % der Volksschüler in Wels haben einen Migrationshintergrund. 52 % der Volksschüler – hier rechne ich die SchülerInnen der 1. Schulstufe – werden als außerordentliche Schüler geführt. Was bedeutet das? Sie können nicht ausreichend Deutsch, um dem Unterricht zu folgen. Das ist der Durchschnitt wohlgermerkt. Wenn man sich vorstellt, in einer Klasse sind 20 – 25 Kinder, eine Hälfte spricht Deutsch, die andere Hälfte spricht kein Deutsch, überlegt man sich natürlich, wie ist ein Unterricht in dieser Klasse möglich? Entweder unterrichtet die Lehrerin jene Kinder, die deutsch sprechen, dann fadisieren sich die Kinder, die das nicht verstehen. Oder sie beschäftigt sich mit jenen Kindern, die nicht Deutsch sprechen und diesen Deutsch beibringt, dann fadisieren sich diejenigen Kinder, die dem Unterricht folgen könnten, aber es nicht können, weil sich die Lehrerin nicht mit ihnen beschäftigen kann.

Die Folge ist, das hat sich aus der Integrationsstudie der Stadt Wels eindeutig ergeben, dass wir ein ständig sinkendes Lern- und Unterrichtsniveau in den letzten Jahren haben und das Leistungsniveau vor allem darauf zurück geht, dass die Unterrichtssprache nicht beherrscht wird. In Anbetracht dessen, dass 48 % der Schüler eine nichtdeutsche Muttersprache haben – das ist übrigens der zweithöchste Wert nach Wien – ist es aus unserer Sicht erforderlich, diesen Kindern besondere Sprachkenntnisse zu vermitteln. Dazu wäre es notwendig Sprachgruppen zusammenzufassen, weil jede Sprache eine unterschiedliche Struktur hat, sowohl was die Grammatik betrifft als auch den Satzaufbau und den Vokabelschatz. Es wäre daher sinnvoll beispielsweise Albanisch in einer eigenen Gruppe zu unterrichten, Russisch, Arabisch etc. Wir wären daher für ein Sprachkompetenzzentrum und im Rahmen dieses sollte jeweils ein Nativspeaker (Araber, Russe etc.) die Kinder unterrichten und zwar im Schwerpunkt dessen, was die Kinder im Unterricht benötigen. Das ist die Idee dahinter. Solche Zentren gibt es bereits in anderen Städten. Die Freiheitlichen schauten sich diese an. Aus unserer Sicht ist es eine zielführende Maßnahme, um Deutsch als Unterrichtssprache schneller und besser zu verstehen, daher ist es auch zu gewährleisten, dass die Kinder schneller in den Regelunterricht übernommen werden können und das Unterrichtsniveau gehoben wird. Dafür muss es aus unserer Sicht durchaus möglich sein Mittel zur Verfügung zu stellen, weil es ein wertvoller Beitrag zur Integration ist, wenn die Sprache in diesem Umfang beherrscht wird.

Natürlich setzte ich mich mit dem Abänderungs- oder Ergänzungsantrag auseinander. Es ist ein ganz eigener Antrag. Den Unterschied zu unserem Antrag kann ich nicht erkennen. Im Ergänzungsantrag heißt es: Die Erarbeitung des Konzeptes soll unter Beiziehung von Experten erfolgen. Liebe KollegInnen aus dem Gemeinderat, was denn sonst? Wer soll das sonst erarbeiten, wenn nicht Experten. Diese Ergänzung ist eine

Ja/Nein-Ergänzung, weil, was sollen wir denn sonst machen, als Experten ein derartiges Konzept ausarbeiten zu lassen? Weiters steht: Die Erarbeitung soll unter Berücksichtigung pädagogischer Erfordernisse erfolgen. Na geh', wirklich? Wir reden über Schule – natürlich soll die Pädagogik ein Wörtchen mitzureden haben. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass enthalten wäre, wir sollen die Pädagogik völlig außer Acht lassen. Weiters steht in unserem Antrag, dass die Kinder unterrichtet werden sollen, die fehlende Deutschkenntnisse haben und deswegen dem Unterricht nicht folgen können. Sie schreiben fehlende oder rudimentär vorhandene Deutschkenntnisse. Das ist aber jetzt wirklich eine Revolution in der Antragstellung! Da ist ja etwas gänzlich anderes gemeint! Also, alleine an diesem Abänderungsantrag kann einmal mehr erkannt werden, es darf natürlich nicht sein, wenn die Freiheitlichen einen Antrag einbringen, diesem einfach zuzustimmen und zu sagen, es ist ein vernünftiger Antrag.

Nach der SPÖ-Diktion, vor allem bei Kollegen Reindl-Schwaighofer, geht das überhaupt nicht, weil was von den Freiheitlichen kommt einmal prinzipiell schlecht ist. Es ist einmal prinzipiell abzulehnen und da kann es auch nicht sein, dass irgendwann einmal etwas durchgeht, auch wenn es noch so sehr vernünftig formuliert ist – das darf nicht sein! Deswegen diese Ergänzungen, auch wenn sie von allen drei Parteien unterschrieben wurden. Mit dem Wenigen, was in diesem vorgebracht wird, kann ich nicht erkennen, warum dieser überhaupt notwendig ist. Außer, man kann dann sagen, nein, nein, nicht der Freiheitliche Antrag ging durch, sondern es war ein Antrag der SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion, der durchging. Gratuliere! Wenn es darum geht, soll es so sein. Wir werden auch diesem Abänderungsantrag zustimmen, weil er das Gleiche enthält wie unser Antrag. Aber in der Sache selbst ändert sich dadurch aus meiner Sicht gar nichts.

GR. Reindl-Schwaighofer: Erlauben sie mir zuerst die von Vzbgm. Dr. Rabl ausgeführten Dinge kurz anzusprechen. Es stimmt, wäre der Antrag vernünftig, pädagogisch sinnvoll, hätten wir uns keine Änderung des Antrages überlegen müssen. Es gibt de facto keine ernst zu nehmenden Pädagogen, die Sprachklassen (albanisch-deutsch, russisch-deutsch) unterrichten könnten. Darum war der Hinweis, dass pädagogische Grundlagen berücksichtigt werden müssen, notwendig. Genauso der Hinweis, dass Experten berücksichtigt werden müssen. Wenn wir uns den Antrag der FPÖ anschauen, ist der Kern des Antrages für eine gemeinsame Diskussion geeignet. Schaffen wir ein Zentrum zur Förderung der deutschen Sprache, eine zusätzliche Möglichkeit für Kinder, für Jugendliche im Bereich der Deutschkompetenzen besser und zielgerichteter unterstützt zu werden. Das ist im Kern vollkommen korrekt und wichtig.

Der Antrag der FPÖ ist so formuliert, dass es im Regelschulsystem keine Deutschförderung gibt. Darum ist es wichtig zu erwähnen, es gibt ein gutes Förderungsinstrument in den Schulen, es gibt Sprachfördergruppen in den Schulen. Es gibt sie flächendeckend, bis auf eine Volksschule, in der es kaum Kinder mit Migrationshintergrund gibt oder besser gesagt im schulischen Zusammenhang mit Deutsch als Muttersprache. Es wird so getan, wie wenn es nichts gäbe, darum müssen wir es fordern. Die Volksschulen haben bereits diese Sprachfördergruppen durch zusätzliche elf Stunden eines zusätzlichen Lehrers. Es ist ein wichtiger Zugang, dass auch die Quereinsteiger, also Kinder in höherem Alter, eine Möglichkeit dieser Sprachfördergruppen vorfinden. Darum geht es uns.

Wir wollen dieses System in den Schulen würdigen. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei den PädagogInnen der Volksschulen und der Neuen Mittelschulen für ihre hervorragende Arbeit in diesem Bereich bedanken. Es ist im urbanen Bereich nicht

leicht Lehrer zu sein. Wir sollen diese Arbeit der LehrerInnen würdigen. Wenn der Magistrat Wels beauftragt wird ein System zu entwickeln geht es darum, dies gemeinsam mit den Pflichtschulen und gemeinsam mit den ExpertInnen der Pflichtschulen, in denen dies bereits umgesetzt ist, zu tun.

In der Praxis sieht es so aus: Wir machen das z.B. mit Kindern mit albanischer, türkischer, kroatischer, serbischer, russischer und noch vielen anderen Muttersprachen. Wie wird das organisiert? Bringt uns einen Pädagogen, der dieses System, in dem das soziale Lernen ausgeschaltet wird, kennt. Dann können wir darüber sprechen. Die Grundidee ist in Ordnung. Die Frage der Umsetzung ist eine Frage der Experten und der KollegInnen des Magistrates. Wir erwarten eine Vorlage, welche deutlich dokumentiert, dass die PädagogInnen des Regelschulbereiches unterstützt werden.

StR. Zaunmüller: Wir hörten Lobesworte aus dem Mund des Kollegen Reind-Schwaighofer, was die schulische Nachmittagsbetreuung betrifft. Wenn ich es richtig deute, spielt es genau in das Segment hinein, welches vorhin von Kollegin Brenner-Nerat so heftig kritisiert wurde. So verstehe ich das.

Kinder mit Migrationshintergrund, die im Vorschulalter zu uns kommen und der deutschen Sprache nicht mächtig sind, werden in der Regel in der Vorschule, im Kindergarten sehr gut von den PädagogInnen betreut. Hier gelingt die Sprachvermittlung, natürlich wenn das Elternhaus entsprechend bereit ist mitzutun, in der Regel sehr gut. Die Sprachvermittlung und die Vermittlung der Deutschkenntnisse in der Volksschule gelingt in der Regel auch hervorragend. Das eigentliche Problem – auf dieses wurde bereits hingewiesen – sind die sog. Quereinsteiger.

Wenn Asylkinder beispielsweise aus Tschetschenien mit 12, 13, 14 Jahren kommen und dann altersgemäß in die entsprechende Klasse eingestuft werden und über keine Deutschkenntnisse verfügen, ist es natürlich wesentlich schwieriger Deutsch zu vermitteln, damit diese dem Regelunterricht folgen können. Also nur in diesem speziellen Fall gibt es in Wirklichkeit große Probleme. Hier gilt es anzusetzen, wenngleich mit den derzeit angebotenen Förderstunden ein sehr guter Schritt gemacht wurde. Aber alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sind sich einig – es ist ein guter erster, zweiter Schritt und wir müssen einen dritten Schritt machen. Wie dieser aussieht, so sehe ich mich als Nichtfachmann was Pädagogik betrifft außer Stande das zu beachten und zu beantworten. Hier brauchen wir tatsächlich die Fachleute. Die Pädagogen warnen davor, diese Kinder sozusagen „in eine Klasse zusammen zu fangen“. Denn genau dort ist wieder der Hort von Missgunst, von Neid, von Spott oder wie auch immer. D.h. das Ziel muss sein – das glaube ich sehen alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen so – die Sprachkompetenz dieser jungen Menschen zu erhöhen, damit sie dem Regelunterricht folgen können.

Mir ist es völlig egal welche Fraktion diesen Antrag einbrachte, wir müssen nur an das richtige Ziel kommen.

GR. Mag. Teubl: Uns eint die Sorge darum, dass aufgrund fehlender Sprachkenntnisse das Niveau der Schulbildung leidet. Das Niveau der Schulbildung leidet nicht nur wegen fehlender Sprachkenntnisse. Es gibt vielerlei andere Gründe. Aber es ist ein gewichtiger Grund – hier sind wir uns einig darüber, dass nicht genug Maßnahmen gesetzt werden können, um diesem Problem zu begegnen. Deshalb werden wir auch diesem Vorschlag zustimmen, wobei uns freilich auch wichtig war, dass die Einrichtung eines solchen

Sprachkompetenzzentrums nicht auf der Grundlage fragwürdiger, sprachdidaktischer Konzepte erfolgt, sondern aufgrund von wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen geplant wird. Das ist die Voraussetzung, deshalb der Abänderungsantrag, der die Intention des Freiheitlichen Antrages in keinster Weise aushebelt, sondern lediglich eine Ergänzung dazu liefert.

Wir werden uns diesem Antrag anschließen und hoffen, dass jenseits von Parteiengizänk eine Lösung gefunden wird, die für unsere SchülerInnen die beste ist. Um das geht es – wir wollen, dass die Kinder unserer Stadt die bestmögliche Ausbildung erhalten. Das ist das einzige Ziel, dem es zu folgen gilt.

GR. Schatzmann: Ich bin sehr wohl der Meinung, dass wir ein Sprachkompetenzzentrum brauchen. Es ist für mich unzumutbar, dass man Kinder in eine Klasse setzt, die dem Unterricht nicht folgen können. Ich erinnere mich an meinen Schulanfang – es war eine Qual! Ich war Linkshänder und musste rechts schreiben. Jetzt stelle ich mir vor, ein Kind sitzt in einer Klasse, soll dem Unterricht folgen und versteht kein Wort.

Ich habe mir einige Zahlen, wie es wirklich aussieht mit den Schülern in Oberösterreich, aus einer Beantwortung vom Büro LH Dr. Pühringer herausgesucht: Stichtag 30.09.2014: 58.032 Volksschüler, davon nicht deutscher Muttersprache 13.578 Schüler, d.s. 23,4 %. 41.289 Schüler in den Hauptschulen und Neuen Mittelschulen, 4397 Schüler nicht deutscher Muttersprache, d.s. 10,55 %. 2139 Schüler in den Sonderschulen, 234 davon nicht deutscher Muttersprache, d.s. 10,94 %. 3187 Schüler in der Polytechnischen Schule, 159 Schüler nicht deutscher Muttersprache, d.s. 4,99 %.

Schüler mit nicht deutscher Muttersprache, VH, HS, Polytechn. LG, - Stichtag 30.09.2014: VS 13.578, davon ordentliche Schüler 7.993, davon außerordentliche Schüler 5.585. Es ist eine große Anzahl von Schülern, die nicht Deutsch können. HS – NMS – 4.397 Schüler, 3670 davon ordentliche Schüler, 727 außerordentliche Schüler. Sonderschule 234 Schüler, 193 davon ordentliche Schüler, 41 davon außerordentliche Schüler. Polytechnischer Lehrgang 159 Schüler, davon 80 ordentliche Schüler, 79 außerordentliche Schüler.

Wir haben bei 18.000 Schülern 6432 außerordentliche Schüler. Diese Schüler tun sich schwer dem Unterricht zu folgen. Wir verweigern ihnen eine Sprachschule bevor sie in den Regelunterricht kommen? Das verstehe ich nicht. Wo bleibt der Hausverstand? Es ist doch furchtbar! Setzen sie sich im Ausland in eine Klasse und sie verstehen kein Wort, dann folgen sie dem Unterricht. Wie das funktionieren soll, weiß ich nicht. Wir brauchen ja nur unsere Pisa-Studien anschauen, dann wissen wir, wie toll unsere Schulabschlüsse sind. Wir leisten Vorschub für solche Personen, die dann arbeitslos sind, weil sie wegen fehlender Ausbildung keinen Job bekommen.

Es gibt noch eine Beantwortung der Frau Mag. Doris Hummer: Im Schuljahr 2013/2014 sind von 2874 gemeldeten Kindern nur 439 in den Regelunterricht übernommen worden. D.h. von 2874 Kindern werden 2435 als außerordentliche Schüler geführt. Und sie bagatellisieren das, als wenn das nur eine kleine Anzahl von Schülern wäre! Es ist eine Riesenanzahl von Schülern, die dem Unterricht nicht folgen kann und darunter leiden nicht nur die Schüler nichtdeutscher Muttersprache. Es leiden auch unsere Schüler darunter. Ein normaler Unterricht ist hier natürlich nicht mehr gegeben.

Warum geben wir diesen Kindern nicht die Chance die Sprache zuerst zu erlernen, bevor sie in den Regelunterricht gehen? Dann würden sie dem folgen können. Es wäre wesentlich einfacher und die Ausbildung für die Kinder würde wesentlich einfacher fortschreiten.

StR. Huber: Jetzt habe ich etwas nicht verstanden – nur sie Herr Schatzmann! Ich weiß nicht warum sie sich jetzt so aufregen. Eines möchte ich schon erwähnen – wir alle sind uns einig. Wir wollen ein Sprachkompetenzzentrum. Wir wollen unseren Kindern die Sprache möglichst gut vermitteln. Es ist nur die Frage – wie wollen wir das tun? Wir wollen ExpertInnen dabei, wir wollen ein pädagogisches Konzept zugrunde legen.

72 % der Kinder haben Migrationshintergrund – jede Österreicherin, jeder Österreicher, die sich beispielsweise in einen Italiener verliebt und ein Kind zeugen, so bleibt dieses Kind ein Kind nichtdeutscher Muttersprache. Auch das Kind von Andreas Rabl ist ein Kind nichtdeutscher Muttersprache, beherrscht aber hervorragend die deutsche Sprache, oder? Es ist so! Ich möchte einmal sagen, dass ein Kind nichtdeutscher Muttersprache nicht davon abhängt, ob die Mutter oder der Vater keine Österreicher sind. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie nicht deutsch sprechen. Das möchte ich so nicht im Raum stehen lassen.

Warum pädagogische Konzepte? Warum sollen Experten sich diese anschauen? Natürlich braucht es Sprachförderung. Wenn man sich mit Pädagogen unterhält, weiß man Spracherwerb braucht aktives Kommunizieren.

Noch einmal Herr Schatzmann, die Aufregung war umsonst! Wir wollen alles tun damit die Kinder in dieser Stadt ordentlich die Sprache erlernen und damit Chancen am Arbeitsmarkt haben.

Vzbgm. Lehner: Einig sind wir uns darüber, dass wir uns bewusst sind ein Problem zu haben. Es entsteht in der Bevölkerung und vor allem bei den Unternehmen der Eindruck, dass das Leistungsniveau in den Schulen dramatisch sinkt. Wir haben Schulabgänger, die nicht mehr imstande sind ordentlich zu rechnen oder ordentlich zu schreiben. Das ist für die Betriebe und für die gesamte Wirtschaft in unserem Land ein großes Problem. Wir haben erkannt viele Maßnahmen treffen zu müssen, um das Bildungsniveau wieder zu erhöhen. Soweit - denke ich - vier Parteien eine Meinung.

Wir unterstützen nicht die Aussage es sind die bösen Migrantenkinder, die an diesem Problem Schuld haben. Mag. Teubl sagte es ganz richtig. Es gibt unglaublich viele Faktoren, die zu einer Reduzierung des Bildungsniveaus führen. Beginnend bei den zerrütteten Familien bis hin zu Kindern mit psychischen Lernstörungen usw. Das ist auch die Verlockung des Mobiltelefons und der neuen Technologien.

Nicht nur die Migranten verursachen dieses Problem. Migrantenkinder - ich sehe das bei meiner Tochter und bei meinem Sohn in der Schule - sind sehr oft Kinder mit hervorragenden Kenntnissen, mit sehr guten Schulleistungen. Es kommt darauf an, wie es uns als Politik gelingt die Kinder zu unterstützen, egal ob sie sprachliche Schwächen, mathematische oder soziale Schwächen haben. Das kann mit diesem Sprachkompetenzzentrum geschehen, um sie zu mehr Leistung zu motivieren, um ihnen auch das Bestehen am Wirtschaftsmarkt in Österreich zu ermöglichen.

Eine Bitte an die FPÖ: Es geht um eine sachliche Differenzierung. Es ist nicht gerechtfertigt, lieber Andreas, wenn du deinen Sohn ins rechte Eck stellst.

Vzbgm. Dr. Rabl: Von Sprachklassen steht in diesem Antrag kein einziges Wort. Ich lese unseren Antrag noch einmal vor: „Die Stadt Wels wird beauftragt ein Konzept für die Errichtung eines Sprachkompetenzzentrums zu erarbeiten, das Pflichtschülern, die aufgrund fehlender Deutschkenntnisse nicht in der Lage sind dem Unterricht zu folgen, die Möglichkeit eröffnet gezielt Deutsch zu erlernen.“ – Kein Wort über Sprachklassen! Ich würde mir wünschen, lieber Johnny, dass du zukünftig jene Anträge besprichst, die wir stellen und nicht irgendetwas daherfabulierst, was gar nicht so gesagt und enthalten ist.

Darüber hinaus möchte ich noch erwähnen, dass die angesprochenen Sprachgruppen jene in den Schulen sind. Das Sprachkompetenzzentrum ist aber eine außerschulische Einrichtung. D.h. neben der Schule sollen die Kinder die Möglichkeit erhalten, Förderunterricht in der deutschen Sprache zu erhalten. Dies natürlich in Sprachgruppen – in was denn sonst? In Mathematikgruppen? Dort lernt man bekanntlich weniger Deutsch. Natürlich sind es Sprachgruppen, die im Sprachkompetenzzentrum gemacht werden. Ich bin daher etwas verwundert über die Kritik, die du in diesem Zusammenhang formulierst. Ich weise aber trotzdem darauf hin, es ist natürlich sinnvoll auch in Schulen Sprachgruppen einzurichten. Weil das, was wir derzeit als Sprachfördergruppen bezeichnen, mit 11 Stunden Deutsch-Förderung pro Woche, ist natürlich viel zu wenig, um den Kindern tatsächlich Deutschkenntnisse zu vermitteln.

Das ergibt sich im Übrigen ebenfalls aus der Anfrage an Kollegin Mag. Hummer. In dieser heißt es, nur 20 % der Kinder waren nach einem einzigen Jahr in der Lage in den Regelunterricht übernommen zu werden. D.h. nur ein Fünftel der Kinder, die Sprachdefizite haben, können nach einem Jahr wirklich so gut Deutsch, um die nächste Klasse besuchen zu können. Das ist ja schon ein Beweis und Indiz dafür, dass die bisherigen pädagogischen Maßnahmen überhaupt nicht ausreichend sind, um tatsächlich die Kinder in den Regelunterricht zu integrieren. Das nur, weil die SPÖ ideologische Scheuklappen hat und nicht in der Lage ist zu erkennen, die derzeitigen Maßnahmen reichen nicht aus. Das finde ich tatsächlich sehr schade. In vielen anderen Ländern gibt es Sprachklassen, wo die Kinder entweder in der Vorschule oder bei Quereinsteigern parallel zum Unterricht in eigenen Klassen schwerpunktmäßig in Deutsch unterrichtet werden und lediglich in jenen Fächern, wo sie kein Deutsch brauchen, das beschränkt sich auf Turnen, Zeichnen, Musik bzw. Werken, in die Regelklasse überstellt und übernommen werden. Das würde ich mir auch wünschen. Das ist der einzige effiziente und zielführende Weg.

Auch von dir, Walter Teubl, wird nur herumbaldowert und gesagt, wir brauchen pädagogische Konzepte und Expertenmeinungen. Ich hörte jahrelang, zuerst muss die Muttersprache perfekt beherrscht werden, um Sprachstruktur zu bekommen und in der Folge soll auf diese Sprachstruktur aufbauend Deutsch gelernt werden. Das ist völlig veraltet. Lesen sie sich die Integrationsstudie der Stadt Wels durch oder die Studien, die ESTA in diesem Zusammenhang in Deutschland machte. Es ist sogar kontraproduktiv, weil sich eine andere Sprachstruktur in den Kindern verfestigt und diese blockiert das Erlernen der deutschen Sprache. Lesen sie sich durch, was seit zehn Jahren vorhanden ist und was die Experten in diesem Zusammenhang auch sagen. Aber was nicht sein darf, kann natürlich auch nicht sein! Wenn die SPÖ in ihrer

Ideologie sagt, wir müssen jedenfalls türkisch an den Volksschulen unterrichten, weil das ist der sinnvolle Weg, dann darf das natürlich auch nicht anders werden!

Wie gesagt, in der Integrationsstudie ist dies enthalten, lesen sie es sich durch. Es ist die einzige Fußnote, die in dieser Integrationsstudie überhaupt vorhanden ist. ESTA hat es sehr detailliert und genau untersucht und diesen Expertenstreit in der Integrationsstudie dargestellt. Ich würde es empfehlen.

Das, was ihr hier sagt, ist veraltet. Wir sagen heute alle, auch in Deutschland und überall in Ländern, die ohne ideologische Scheuklappen dieses Sprachproblem angehen, sofort die Sprache des Landes ohne Umwege über Albanisch, Türkisch, Arabisch usw. zu lernen. Nein – sofort Deutsch! Und zwar unverzüglich! Das ist der einzige sinnvolle Weg.

Ich möchte es nochmals betonen, durchschnittlich 52 % der Schüler sind nicht in der Lage dem Unterricht zu folgen. Da geht es nicht um meinen Sohn. Der spricht deutsch und russisch perfekt. Da geht es um jene Kinder, die trotz Aufenthalt in Österreich nach sechs Jahren immer noch nicht in der Lage sind deutsch zu sprechen oder dem Unterricht zu folgen, weil ihre Eltern zu Hause nicht in der Lage sind das zu vermitteln.

Das eine Kindergartenjahr ist bei weitem nicht ausreichend, um diesen Kindern Deutsch zu lernen. Da müssen wir viel früher ansetzen – aber auch das ist ideologisch streng verpönt. Das kann man natürlich alles nicht sagen und alles nicht machen, anstatt die Kinder ordentlich auf den Regelunterricht vorzubereiten, anstatt den Kindern Sprachkenntnisse zu vermitteln, gleich von zu Beginn an – das ist der Weg. Da geht es auch nicht um schuldig oder unschuldig. Ich verwehre mich dagegen die Schuldfähigkeit von Sechs- oder Siebenjährigen zu untersuchen, wenn es im Strafrecht erst ab 14 Jahren gilt. Es sind wirklich arme Kinder, die in der Klasse sitzen und nicht wissen, was mit ihnen geschieht. Sie können dem Unterricht einfach nicht folgen. Wir haben Volksschulen, in denen überhaupt nur mehr ein einziges österreichisches Kind in der Klasse sitzt. Wir haben in der Perna einen Durchschnittswert von 80 % der Schüler mit Migrationshintergrund. Bei denjenigen, die kein Deutsch können, ist der Wert noch viel höher, wie wir wissen. Ich bin schon verwundert, dass dieses Problem einfach so negiert und gesagt wird, naja, dass was die Freiheitlichen da fordern, ist wieder typisch freiheitliche Politik, Populismus usw. Im Gegenteil! Wir versuchen auf dieses Problem seriös einzuwirken, eine Lösung vorzuschlagen, die auch wirklich gangbar ist und andernorts funktionierte. Daher kann ich nicht verstehen sich auszureden und zu sagen, wir wollen Sprachklassen oder sonstiges. Das ist in diesem Antrag – wie gesagt – so gar nicht enthalten.

Nun zu Kollegin Huber: Sprachförderung braucht ein aktives Kommunizieren. Das ist völlig richtig. Dieses aktive Kommunizieren braucht es aber erst dann, wenn ich Grundkenntnisse bzw. rudimentäre Kenntnisse der deutschen Sprache habe. Wenn ich keine fünf Worte Deutsch spreche, kann ich nicht einmal rudimentär kommunizieren. Ich muss mir also schon Grundbegriffe aneignen. Üblicherweise sagt man, dass diese Grundbegriffe ungefähr bei 200 bis 300 Worte liegen. Erst wenn diese Worte tatsächlich vorhanden sind, kann ich davon sprechen Grundkenntnisse erworben zu haben. Erst dann bringt mir diese Kommunikation etwas. Vorher hat es überhaupt keinen Sinn. Deswegen schauen wir mal, dass die Grundkenntnisse erlernt werden, dann können wir über das gemeinsame Kommunizieren sprechen. Vorher ist es wohl unnötig.

In diesem Zusammenhang noch eine interessante Zahl. Wie viele schaffen es in Wels tatsächlich nach einem Jahr Kindergarten so gut Deutsch zu sprechen, damit sie dem Unterricht folgen können? Es sind 19 %. D.h. ab einem Jahr Kindergarten, wo genau diese Sprachförderungen stattfinden sollten, wo genau diese Kommunikation, wie du das so schön sagst liebe Silvia, diese aktive Kommunikation gepflegt wird, sind sie nach einem Jahr noch nicht einmal ansatzweise in der Lage dem Unterricht zu folgen. Nur 19 % der Kinder schaffen das. Das ist ein Problem, mit dem wir in Wels sehr wohl kämpfen.

Zu den Aussagen von Kollegen Peter Lehner: Warum es zahlreiche Probleme gibt, warum nicht Deutsch gesprochen bzw. warum Probleme in der Schule bestehen, bitte auch dazu die Integrationsstudie zu Rate ziehen. Die Pädagogen sagen eindeutig: Das Hauptproblem für das schlechte Unterrichtsniveau und das laufende Sinken des Unterrichtsniveaus in Wels ist und sind fehlende Deutschkenntnisse. Also auch hier gibt es seit langem einen Ansatzpunkt. Wenn man bedenkt, wie alt diese Integrationsstudie ist – nämlich genau fünf Jahre, dann kann man auch erkennen, wie wenig in diesem Zusammenhang getan wurde.

Wenn wir uns dieses Themas annehmen, hätte ich mir volle Unterstützung und nicht peinliche Diskussionen erwartet. Es geht darum ein Sprachkompetenzzentrum gemeinsam zu errichten. Ich finde es daher nicht nur eigenartig sondern auch unkollegial, wenn ein Ergänzungsantrag von allen drei Fraktionen gemacht wird, ohne ein einziges Wort mit irgendwem unserer Fraktion zu sprechen.

Das nehme ich zur Kenntnis. Offensichtlich ist eine Zusammenarbeit nach wie vor in keiner Weise gewünscht. Auch das nehme ich zur Kenntnis. Wir werden sehen, wie die Wahlen im Herbst aussehen. Bereits in der Steiermark sah man wie die Wahlen ausgehen, wenn man eine Partei laufend ausgrenzt.

Der Abänderungsantrag (Anlage 2) der SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 3) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Frau Magistratsdirektorin, ich ersuche dich mit der verantwortlichen Abteilung eine Vorgangsweise zu überlegen unter Einbindung möglicher Partner, damit ich diese den Fraktionen weitergeben kann. Vielen Dank meinerseits an die MitarbeiterInnen in den Kindergärten und Schulen. Eines sollten wir bei der Diskussion beachten: Es geht um unsere Kinder und um die Zukunft der Kinder. Es geht nicht um eine politische Partei, sondern es geht schlichtweg um unsere Kinder in dieser Stadt.

Zu Tagesordnungspunkt 2.) gibt es einen Abänderungsantrag (Anlage 4) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

„Punkt 4 des vorliegenden Antrages soll lauten:

Die Video-Aufzeichnung der Gemeinderatssitzung wird auf DVD gespeichert und im Laufe der darauf folgenden Woche auf der Webseite der Stadt abrufbar gemacht, den Fraktionen des Gemeinderates sowie auf Verlangen auch den Medien zur Verfügung gestellt.“

Bitte diesen in die Beratungen miteinzubeziehen.

Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend „Mehr Öffentlichkeit für die Tätigkeit des Gemeinderates“
DI-Verf-146-2015

GR. Prof. Mag. Teubl: In Wels geht eine Legislaturperiode zu Ende und es wird langsam Zeit Bilanz zu ziehen. Bei insgesamt 45 Sitzungen des Gemeinderates hat dieser eine schier unglaubliche Menge von Tagesordnungspunkten abgehandelt. Dazu kommen noch insgesamt zehn Ausschüsse, in denen diese oder andere Themen vorberaten wurden sowie zahlreiche weitere Beratungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Gemeinderates. Auf der anderen Seite wird diese, unsere Tätigkeit von vielen BürgerInnen kaum wahrgenommen. Natürlich gibt es die Möglichkeit bei den Sitzungen als Gast anwesend zu sein und auch heute machen viele von dieser Möglichkeit Gebrauch. Natürlich gibt es zu dem einen oder anderen Thema eine mediale Berichterstattung, aber insgesamt wäre es doch begrüßenswert, wenn interessierte WelslerInnen die Gelegenheit bekämen sich noch besser und noch umfassender über die Gemeinderatstätigkeit zu informieren. Deshalb möchte ich ihnen unseren Antrag zum Thema „Mehr Transparenz der Gemeinderatsarbeit“ vorstellen.

Der eingebrachte Antrag hat zweierlei zum Ziel: Das erste Ziel ist, der Arbeit, die wir im Gemeinderat und in den Ausschüssen des Gremiums leisten, noch mehr Öffentlichkeit zu verschaffen. Zweitens für die BürgerInnen dieser Stadt noch mehr Transparenz in Sachen Kommunalpolitik zu erreichen. Wie wollen wir diese beiden Ziele erreichen? Zunächst durch eine Aufwertung der Welscher Stadtpolitik auf der Webseite der Stadt Wels. Wenn sie die Stadthomepage anstellen, werden sie feststellen, dass es dort keinen direkten Link zum Thema Politik gibt, sondern dass die Politik unter dem Punkt Verwaltung und Bürgerservice versteckt ist. Und da als Punkt 5 unter ferner liefen. Das aber ist nicht nur sachlich falsch, da ja Verwaltung und Politik völlig getrennte Bereiche sein sollen. Nein, es ist auch der Arbeit der politischen Gremien dieser Stadt nicht angemessen. Informationen zur politischen Arbeit müssen auf der Homepage der Stadt Wels leichter auffindbar sein. Außerdem sind wir der Meinung, dass dieser Bereich noch viel umfangreicher werden muss. So kann man z.B. nicht einmal gesichert erfahren, wer denn nun die 36 Gemeinderäte sind, die hier anwesend sind. Denn in der Auflistung der Fraktionen werden auch die Stadtsenatsmitglieder und der Herr Bürgermeister angeführt, die ja zum Teil nicht Mitglieder des Gemeinderates sind. Will man wissen, welche Ausschüsse es gibt und wer von den einzelnen Parteien in diese entsandt wurde, muss man noch länger suchen. Denn diese Information verbirgt sich

nicht unter dem Titel Gemeinderat – wo sie eigentlich hin gehört – sondern unter Stadtssenat.

Wir möchten eine Änderung und überdies, dass auch Termine und Tagesordnungen der Ausschüsse des Gemeinderates auf der Homepage öffentlich gemacht werden. Denn das interessiert die BürgerInnen. Sie wollen wissen, was in diesen Gremien vorgeht. Auch wenn die Inhalte der Beratungen nach wie vor vertraulich bleiben müssen, so sollen doch die WelslerInnen wissen, wann welche Thematik im Ausschuss Behandlung findet.

Soweit zum Thema Homepage. Ein zweiter Punkt sind die Direktübertragungen der Gemeinderatsitzungen im Internet. Dies ist eine sehr positive Einführung und es tut mir sehr leid, dass der dafür verantwortliche Vzbgm. Wimmer, der der IT vorsteht, zur Zeit nicht im Saal ist, da ich ihn gerade lobe dafür, dass Wels hier geradezu ein Vorreiter war. Wir sind schon seit vielen Jahren daran gewöhnt nicht nur hier im Saal Publikum zu haben, sondern auch zu Hause vor dem Computer. Diese Direktübertragung ist ein wichtiger Schritt. Denn nicht jeder hat die Möglichkeit an einem Montagnachmittag in der Stadthalle die Sitzungen zu verfolgen. Daher stellte dies eine ungeheure Verbesserung für die Sichtbarmachung der Tätigkeit des Gemeinderates dar. Aber wir sollten hier nicht stehen bleiben. Deshalb schlagen wir vor, dass die Aufzeichnungen der Gemeinderatsitzungen auch im Nachhinein abrufbar sein sollen. Dass auf der Webseite der Stadt Wels auch nach den Sitzungen Punkt für Punkt jeder Tagesordnungspunkt angeklickt und die Debatte dazu nachvollzogen werden kann.

Eine ähnliche Vorgangsweise pflegt auch der Oö. Landtag. Dort klappt das vorzüglich. Außerdem meinen wir, dass diese Aufzeichnungen auch den Medien zur Verfügung gestellt werden sollen. Dann könnte z.B. das lokale Fernsehen auch Lifeausschnitte für seine Berichterstattung verwenden und so mehr Lebendigkeit in die Berichterstattung bringen.

Schließlich sollten auch die Fraktionen eine DVD erhalten mit dieser Aufzeichnung, um ihre eigene Arbeit im Internet und in den sozialen Medien ihren WählerInnen noch besser vermitteln zu können. Es wird wahrscheinlich der Einwand des Datenschutzes kommen, deshalb möchte ich dazu sofort etwas sagen. Wenn wir die Sitzung aufzeichnen und Live übertragen, dann entspricht das meines Erachtens durchaus den datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Wenn wir diese nachträglich verfügbar machen, ebenso. Denn was stellt eine solche Aufzeichnung denn anderes dar als eine elektronische Variante des Gemeinderatsprotokolls, das wir ohnehin als Wortprotokoll führen und das auf der Homepage der Stadt Wels nachlesbar ist. D.h. es hat bereits jetzt jeder die Möglichkeit Wort für Wort nachzulesen, was hier gesagt worden ist. Nur dass es eben nicht im vollen Umfang miterlebt werden kann, wie die Debatte verlief. Datenschutzgründe können es also wohl nicht sein.

Zum Schluss möchte ich noch einen dritten Punkt ansprechen, der uns sehr am Herzen liegt – Open Data. Machen wir endlich Schluss mit der Geheimniskrämerei. Bekennen wir uns dazu, alle Daten, die für die Menschen in unserer Stadt von Interesse sein können und die nicht ausdrücklich der Amtsverschwiegenheit unterliegen, auch öffentlich zu machen. Unser Vorschlag ist, die Dienststelle Informationstechnologie soll überprüfen, welche von der Verwaltung gesammelte und nicht dem Datenschutz unterliegende öffentliche Daten frei zugänglich gemacht werden könnten. Wenn das

geklärt ist, sollten wir das auch durchsetzen. Auf jeden Fall finden wir, dass Daten zu den Stadtfinanzen noch transparenter werden müssen.

Mit den auf der Homepage zur Verfügung gestellten Unterlagen und seit kurzem auch mit der KDZ-Anwendung offener Haushalt, sind wichtige Schritte gesetzt worden. Aber das ist immer noch zu wenig, ja es entspricht nicht einmal der Gesetzeskonformität. Denn der Österreichische Stabilitätspakt von 2012 verlangt im Artikel 12.1, dass die Haushaltsbeschlüsse der Gemeinden im Internet in einer Form zur Verfügung zu stellen sind, die eine weitere Verwendung ermöglicht, sprich als csv-Datei bearbeitet und durchsucht werden können. Dieser Forderung wird von der Stadt Wels bislang noch nicht entsprochen, da erwarten wir eine Nachbesserung.

Außerdem halten wir es für vordringlich für größtmögliche Transparenz bei der Vergabe von Subventionen zu sorgen. Die Gesamtsumme der Subventionen, die die Stadt Wels im letzten Rechnungsjahr vergab, liegt immerhin bei über 10 Mio Euro. Die Steuerzahlenden haben das Recht zu wissen, wer wofür mit welchen Summen gefördert wird. Die Steuerzahlenden haben das Recht zu wissen, wo ihr Geld landet, was damit passiert. Daher ist dies ein besonders wichtiger Bereich.

Aber auch in anderen Bereichen ist Open Data sicherlich von Vorteil. Open Data ist nicht nur ein Angebot für interessierte BürgerInnen und es ist nicht nur die Möglichkeit die Beteiligung von BürgerInnen zu verbessern, sondern Open Data bietet weitere Nutzungsmöglichkeiten. Wie beispielsweise, dass Unternehmer mit den angebotenen Daten neue Anwendungen und Dienste, wie eine Handy App zu einem bestimmten Thema, erstellen können. Auch Wissenschaft und Forschung profitieren vom vereinfachten Datenaustausch, sodass diverse Untersuchungen und die Vergleichbarkeit von Zahlen bundesweit leichter möglich werden bzw. wird und vieles mehr. Diesem Gesamtkonzept von Open Data sollte sich die Stadt Wels nicht länger verschließen. Deshalb ersuche ich sie um Unterstützung für unseren Antrag.

Vzbgm. Dr. Rabl: Das von den GRÜNEN hier Vorlegte ist durchaus unterstützenswert. In vielerlei Hinsicht unterstützenswert aus dem Grund, weil sehr viele Dinge notwendig und nützlich sind sowie zur Transparenz beitragen. Diesem Antrag kann durchaus näher getreten werden. Ich weiß aber nicht, ob alle Dinge, die in diesem Antrag enthalten sind, rechtlich so umsetzbar sind. Ich nehme nur Bezug auf die Veröffentlichung von Tagesordnungen der Ausschusssitzungen, weil nach meinen Informationen im Statut enthalten ist, dass Ausschusssitzungen geheim sind – auch wenn wir bereits eine Erweiterung beschließen.

Ich würde ersuchen, all diese Punkte auf ihre rechtliche Machbarkeit zu prüfen. Weil das aus meiner Sicht noch nicht ausreichend erfolgt ist, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen vordringlichen Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Bgm. Dr. Koits: Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen. Vorweg darf ich noch mitteilen, dass Kollege Wiesinger einen Abänderungsantrag (Anlage 5) zu diesem Tagesordnungspunkt einbrachte, der lautet:

„TO 2 – DVD soll durch Datenfile ersetzt werden.“

Dieser wird natürlich in die Beratungen miteinbezogen.
Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Dr. Rabl auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 6) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse neuerlich abgeändert wird (8. Novelle der GOGR)
DI-Verf-133-2015

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 19.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 8. Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Wels neuerlich abgeändert wird (5. Novelle der GOST)
DI-Verf-134-2015

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 19.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 5. Novelle der Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Wels beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

5.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014
FD-Buch-15-2014
miterledigt: FD-Fin-101-2015

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.04.2015 und im Stadtsenat am 05.05.2015:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014 (Anlagen 10 und 11) wird genehmigt.

GR. Markus Wiesinger: Der Rechnungsabschluss ist für mich immer etwas Besonderes. Bei der Budgetdebatte melden sind immer rund 20 Personen, doch ist es beim Rechnungsabschluss meistens so, dass ich neben dem Finanzreferenten der einzige Redner bin. Das ist für mich sehr verwunderlich. Beim Budget reden wir über geplante Ausgaben, beim Rechnungsabschluss wissen wir die tatsächlichen Ausgaben. Warum das Interesse dafür bei den KollegInnen so gering ist, weiß ich nicht.

Der diesjährige Rechnungsabschluss ist besonders, denn es ist der letzte Rechnungsabschluss des Finanzreferenten. Wenn es stimmt was in den Zeitungen steht – in diesen steht meistens das Richtige -, dann geht er in Pension oder hat etwas anderes vor.

Erlauben sie mir in meinen Ausführungen die ganze Legislaturperiode anzuschneiden. Vzbgm. Wimmer als Finanzreferent sagte, dass der Rechnungsabschluss positiv ist. Auf den ersten Blick könnte man meinen ja. So hat sich die Verschuldungsdauer von 22 Jahren auf 6 Jahre reduziert und die freie Finanzspitze – wie bereits erwähnt – ist erstmalig seit fünf Jahren positiv. Der Rechnungsabschluss 2014 weist noch eine Besonderheit auf – ich kann mich nicht an drei Nachtragsvoranschläge erinnern.

Der Budgetplan 2015 wurde im Dezember-Gemeinderat 2014 beschlossen. Dieser veränderte sich im außerordentlichen Haushalt um 34 %. So viel zu einer Budgetplanung! Wenn man etwas plant und dieses sich dann um 34 % verändert, zeigt das auch von einer Finanzpolitik.

Die Einnahmen haben sich um 3,3 % erhöht. Leider erhöhten sich im Vergleich die Ausgaben um 3,6 %. Durch die Kommunalsteuer erhöhten sich auch die Einnahmen. Vielen Dank an die Welser Unternehmen, denn die Kommunalsteuer hat sich im Vergleich von 2009 bis 2014 um 20 % erhöht. Damit tragen sie natürlich zur positiven Einnahmenseite bei.

Die Abfallgebühren erhöhten sich von 2009 bis 2014 um 19 %, im letzten Jahr sogar um 2,3 %. Die ÖVP stimmte gegen diese Erhöhung, die anderen Fraktionen gaben ihre Zustimmung.

Warum stiegen die Einnahmen noch? Es haben sich die Dividenden der stadtnahen Betriebe erhöht. Erhöht um 51 %. D.h. der Eigentümer – die Stadt Wels – sagt den stadtnahen Betrieben wir brauchen mehr Dividende, sie erhöht sich um 51 % - dadurch stiegen die Einnahmen.

Nicht berücksichtigt wurde die einmalige Zahlung von 4 Mio. Euro zum Bau der Messehalle 21 der Welser Messe in der Dividende. In Summe weist der Rechnungsabschluss eine Steigerung von 60 % der sonstigen Einnahmen auf. Es gibt auch Verkaufserlöse, d.h. die Stadt Wels verkauft sehr fleißig Wohnungen, Liegenschaften, die bei den sonstigen Einnahmen berücksichtigt sind. Natürlich auch Strafgeder und Mieten.

Bei den Ausgaben sehe ich mir immer gerne die Ermessenssubventionen und die Pflichtsubventionen an. Bei den Ermessenssubventionen gibt es eine Besonderheit – diese belaufen sich auf rund 1,8 Mio. Euro. Das sind jene Subventionen, die der Politiker, das Gremium oder ein Gemeinderat frei vergeben kann. Von den 1,8 Mio. Euro gehen 41 % an Sportvereine. Lediglich 7 % der Subventionen erhalten Kulturvereine. Bei den Pflichtsubventionen erhalten 5 % die Kulturvereine.

Ein großer Teil der Pflichtsubventionen stellen die Wirtschaftsförderungen dar. Das ist gut, denn hier gibt es klare Verträge.

In welcher Richtung sich die Stadt entwickelt, kann klar am Schuldendienst abgelesen werden. Er hat sich von 2009 bis 2014 um das Zwölfwache erhöht. Waren es 2009 noch 300.000 Euro, die die Stadt Wels für die Schuldentilgung aufbringen musste, budgetieren wir 2015 schon 6 Mio. Euro. Von den 6 Mio. Euro sind 1,5 Mio. Euro Zinsen. Lediglich 4,5 Mio. Euro sind für die reine Tilgung.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung in den Jahren 2009 bis 2015 zeigt eine Erhöhung von 590 Euro auf 1.500 Euro. Maastricht ist seit 2009 negativ, das ist im Grunde das wirtschaftliche Ergebnis der Stadt Wels.

Nun zu den Einrichtungen der Stadt Wels: Die Stadthalle kostet uns jährlich 140.000 Euro, die Rotaxhalle 190.000 Euro, der Eislaufplatz 200.000 Euro, die Minoriten 360.000 Euro, das Welldorado 440.000 Euro, die Burg Wels 500.000 Euro – so steigert sich dies bis zum Tiergarten. Der Tiergarten kostet uns 825.000 Euro und die Spielplätze und Parkanlagen kosten 1,1 Mio. Euro.

Weil das Geld ja bereits ausgegeben wurde und wir den Nachtragsvoranschlägen ebenfalls zustimmten, werden wir diesen Tagesordnungspunkt auch zur Kenntnis nehmen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Gegenständlicher Rechnungsabschluss des Jahres 2014 ist aus meiner Sicht nicht ganz so unerfreulich. Man muss bedenken, dass wir zwar 8,7 Mio. Euro neue Schulden aufnahmen, aber wir zahlten auch 3,4 Mio. Euro zurück. Wenn der Überschuss noch berücksichtigt wird, kommen wir zu einer überschaubaren Neuverschuldung von 3 bis 4 Mio. Euro. Dieser Betrag ist noch immer hoch. Rechnen wir diesen um, sind das etwa 60 Mitarbeiter, die wir einsparen müssten bei einem durchschnittlichen Gehalt oder Kosten von 50.000 Euro pro Mitarbeiter. Das ist ein halbes Sportstadion oder ein ganzer Kindergarten, eine ganze Schulsanierung usw. D.h. wir haben schon viel ausgegeben, und zwar mehr als wir einnahmen. Prinzipiell

muss man sagen, dass es einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung nicht zukommen würde.

Allerdings müssen auch die Investitionen gesehen werden. Diese waren gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aus meiner Sicht sehr wichtig. Für die Wirtschaft vor Ort, für die Arbeitsplätze vor Ort, weil trotzdem die Investition in langfristige und langlebige Güter einen Impuls für die Wirtschaft darstellt. Dazu kann ich mich gut und effizient bekennen. Die von uns gemachten Investitionen waren richtig. Deshalb stimmten wir Freiheitlichen diesen zu. Betonen möchte ich, um einen Blick in die Vergangenheit zu wagen, das haben wir nicht immer gemacht. Teilweise war die Neuverschuldung wesentlich höher. Über 15 Mio. Euro – hier sagten wir, es ist uns zu viel. Aber im diesjährigen Rahmen ist es ein überschaubarer Wert, der natürlich auch eines zeigt: Wir haben hohe Einnahmen aus dem Steuereinkommen und die Steuerbelastung der Bürger ist entsprechend hoch. Deswegen gilt der Dank in diesem Zusammenhang zuerst den Bürgern, die mit ihren Steuern alles bezahlen und ich hoffe, verantwortungsvoll mit diesen Geldern umgegangen zu sein, indem wir die heute dargestellten Investitionen tatsächlich tätigten.

Das Budgetjahr 2014 hat, so glaube ich, ein besseres Ende gefunden, als wir es tatsächlich erwarteten. Ursprünglich wurde die Neuverschuldung höher prognostiziert und budgetiert. Der herausgekommene Wert ist überschaubar, wenngleich ein Wehrmutstropfen gegeben ist, nämlich dass es überhaupt einen derartigen Wert gibt. Noch dazu wenn man bedenkt, im Jahr 2009 hatten wir annähernd keine Schulden. Die Pro-Kopf-Verschuldung von knapp 1.000 Euro wurde in den letzten sechs Jahren aufgebaut. Trotzdem ist es ein ganz akzeptables Ergebnis und wir können dem Rechnungsabschluss zustimmen.

GR. Wildfellner: Lieber Markus Wiesinger! Mir kommt es manchmal so vor, als wenn bei den Wünschen, bei den Anträgen und bei geforderten Investitionen manche Parteien nicht im Saal sind oder nicht zustimmen.

Ich möchte Hermann Wimmer zu seiner ausgezeichneten Budgetpolitik gratulieren. Er hat mit Fingerspitzengefühl, mit Verstand und vor allem mit der nötigen Budgethärte einen Rechnungsabschluss erstellt, der seinesgleichen sucht. Manche Kommune, die von anderen „Colours“ geführt wird, würde sich wünschen, so einen Rechnungsabschluss zu haben.

Die Pro-Kopf-Verschuldung erhöhte sich, weil wir investierten. Wir investierten in die Zukunft unserer Kinder und in die Wirtschaft. In dieser wirtschaftlich angespannten Zeit, mit der gegebenen Arbeitslosigkeit entbietet uns die Vernunft dies zu tun.

Ich erinnere mich an manchen Finanzverantwortlichen, der Null-Defizit plakativ forderte und sagte, es wird umgesetzt: Die Nullen haben sich eigentlich nur hinter einem großen Milliardenbetrag bewahrheitet. Ein Vorzeigeprojekt des Landes wurde jetzt zum Bittsteller durch die wunderbare Finanzpolitik, die dort gemacht wurde. Das würde in Wels mit Hermann Wimmer nicht gehen. Das hat es nie gegeben und wird es nicht geben, sondern eine vernünftige Finanzpolitik. Danke Hermann!

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Vorlage des Rechnungsabschlusses ist eine gute Gelegenheit die Entwicklung der Stadtfinanzen zu bewerten und für die Zukunft Lehren daraus zu ziehen. Natürlich ist das Interesse meist nicht so groß wie bei der

Budgeterstellung, denn man kann die Dinge nicht mehr beeinflussen. Die Fakten sind wie sie sind und wir können sie nur mehr zur Kenntnis nehmen.

Beim heute vorliegenden Rechnungsabschluss 2014 kann ich zunächst diese Kenntnisnahme auch mit ein bisschen Freude ausdrücken. Denn einige Kennziffern haben sich leicht verbessert. Mit der freien Finanzspitze, jener Wert, der uns zeigt wie es um die laufende Gebarung bestellt ist, sind wir im Jahr 2014 endlich wieder im Plus angelangt. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Auch die Entwicklung der Rücklagen, die uns in letzter Zeit mit großer Sorge erfüllte, zeigt eine leichte Erholung. Die Entwicklung der Rücklagen war dramatisch, nachdem im Jahr 2012 von 26 Mio Euro am Jahresbeginn fast die Hälfte davon aufgebraucht wurde. Im abgelaufenen Rechnungsjahr haben sie sich nun etwas erholt. Sie wurden um 3 Mio Euro mehr und halten nun bei 17 Mio Euro. Das sind durchaus positive Entwicklungen und ich möchte auch nicht zurückstehen und diese positiven Entwicklungen benennen und entsprechend würdigen.

Wir sehen aber auch, dass dies keineswegs nicht nur der Verdienst des Finanzreferenten ist, sondern dass es die Gunst der erhöhten Einnahmen war, die uns diese Entwicklung bescherte.

Weniger positiv sehen wir die im vergangenen Jahr eingegangene Neuverschuldung von 5 Mio Euro, wodurch der Schuldenberg auf 60 Mio Euro anwuchs. Wenn man bedenkt - Wels war 2002 schuldenfrei - eine sehr bedenkliche Entwicklung. Ich sagte es bereits bei der Budgetdebatte im letzten Jahr, es ist damit die Befürchtung verbunden wieder ein Stück Familiensilber zu verkaufen, um diese Schulden zu bedienen. Dieser Schuldenberg ist darüber hinaus eine Belastung für die kommenden Haushaltsjahre, weil dadurch der Schuldendienst, also die Summe der Zinsen und Rückzahlungsraten, eine Rekordhöhe von immerhin 4 Mio Euro erreichte. 4 Mio Euro, mit denen man durchaus etwas Sinnvolleres anfangen könnte. D.h. bei allem Positiven, was dieser Rechnungsabschluss zeigt, sind wir noch lange nicht aus dem Schneider.

Wir GRÜNEN sind nach wie vor der Meinung, dass es Sinn machen würde, unter Beteiligung aller Fraktionen und mit Unterstützung von Experten einen mittelfristigen Budgetfahrplan zu erarbeiten, wie wir es bereits mehrfach vorschlugen.

Unseres Erachtens ist es die Aufgabe des Finanzreferenten einen solchen Plan zur Konsolidierung der Stadtfinanzen vorzulegen. Der derzeitige Finanzreferent macht es nicht. Wir hoffen daher, dass der kommende Finanzreferent mehr Augenmerk darauf legen wird und einer solchen Vorgangsweise nähertritt.

Vzbgm. Lehner: Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels über die Jahre gesehen zeigt eines sehr deutlich – die öffentliche Hand hat vor allem ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem. Die Einnahmen durch die Leistungen unserer Steuerzahler steigen dramatisch, wir greifen den WelserInnen und den ÖsterreicherInnen ganz ordentlich in die Taschen. Gleichzeitig finden wir immer neue Möglichkeiten das Geld auszugeben. Dadurch wurden in den letzten Jahren die Schulden von null Euro im Jahr 2008 auf 60,5 Mio Euro mit Ende 2014 angehäuft. Das Schlimme dabei sind nicht die Investitionen selbst, sondern es sind unglaublich viele Investitionen unumgänglich.

So zum Beispiel das heute schon angesprochene Schulzentrum im Westen von Wels, die erforderlichen Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung und die

Infrastrukturinvestitionen. Es gibt unglaublich viele Bereiche, in denen wir in den nächsten Jahren investieren müssen. Auch unsere Infrastruktur, unsere Gebäudestruktur braucht Investitionen. Das Amtsgebäude II ist nicht mehr in einem Zustand, in dem moderne Dienstleistungen zu erbringen sind. So auch viele Teile des Rathauses. Die Ausstattung unserer Mitarbeiter im Rathaus ist sicher nicht am modernsten Stand der Technik - geschweige denn, was die Ergonomie betrifft. Auch in diesem Bereich fordern wir den MitarbeiterInnen einiges ab. In den Büros genauso wie in den handwerklichen Bereichen. Also ein unglaublicher „Rucksack“ an Investitionen, die wir vor uns haben trotz einer sich sehr dynamisch entwickelnden Schuldenlast. Das zeigt eines: Wir müssen strategisch langfristiger planen.

Der Kontrollbericht fasst dies so lapidar in einem Dreizeiler zusammen: Seitens der Stabstelle Kontrolle und Revision wird zum eben dargestellten Exkurs festgehalten, dass entsprechende weiterführende Schlussfolgerungen und die Einleitung von etwaigen Maßnahmen klassische Controlling-Agenden sind. Ich nehme zur Kenntnis, dieses Controlling, diese weitreichenden Maßnahmen wurden in den letzten Jahren vernachlässigt. Es wurde viel zu wenig strategisch getan.

Wir werden diesen Rechnungsabschluss zur Kenntnis nehmen, sind aber in Wirklichkeit auch dankbar, dass es ein abschließender Rechnungsbericht sein wird.

GR. Haböck: Die Belobigung des eigenen Spitzenkandidaten können wir mit einem Lächeln quittieren. Mit weniger Lächeln muss ich zur Kenntnis nehmen, dass sich in dieser Budgetdebatte wieder zeigt, was das eigentliche Problem in unserem Land und in unserer Politik ist. Weil wir vorhin über Bildung, Schule, Kompetenzen sprachen - auch auf dieses Thema wäre das sehr schön anwendbar. Das Problem des Leistungsabfalles scheint auch damit zusammenzuhängen, dass der Maßstab, den man sich setzt, ein wirklich sehr niedriger sein muss. Denn, wenn ich wirklich schon in Jubelstürme ausbreche, dass wir in Wels besser dastehen als ein Land, welches kurz vor der Pleite steht oder als andere Länder, nur weil dort die oder jene Partei regiert, dann frage ich mich schon, wo hier die Ansprüche sind?

Frau Kollegin, ich könnte natürlich auch als Beispiel das rotgeführte Wien mit 5,4 Mia Euro Schulden nehmen. Aber nein! Wissen sie warum ich das nicht mache? Mein Anspruch als Politiker ist der, dass wir uns mit dem Besten vergleichen. Mein Anspruch ist nicht Kärnten, mein Anspruch sind nicht andere Gemeinden in Oberösterreich und mein Anspruch ist nicht Wien. Mein Anspruch wäre z.B. Schweden, die es nach der Staatspleite schafften die Verschuldung auf die Hälfte zu reduzieren. Von über 80 % auf 46 %. Man muss gar nicht so weit weg schauen. Man kann auch die rote Stadt München als Beispiel anführen, die 2005 eine Rekordverschuldung von 3,4 Mia Euro aufwies - auf Einwohner umgerechnet 2.650 Euro - die durch eine gute Finanzpolitik es schaffte ihre Schulden auf 900 Mio Euro zu reduzieren. Pro Kopf – ich erinnere – Wels über 1.000 Euro, München 610 Euro, von 2006 bis 2014. 3,4 Mia auf 900 Mio Euro, von 2.600 auf 600 Euro. Wels von 500 Euro auf über 1.000 Euro.

Das sind Maßstäbe, die für mich gelten. Vergleichen sie sich mit Wien, mit anderen Gemeinden oder mit Kärnten. Für mich zählen die harten Fakten, es ist egal welche Colour.

Gehen wir zum Bildungsbereich: Wir sind doch etwas besser als die Schlechtesten. Wenn das der Anspruch ist? Eigentlich möchte ich besser als die Besten sein. Das sollte auch für uns in allen anderen Bereichen gelten.

Überhaupt in Jubelstürme auszubrechen, weil die Einnahmen steigen? Die Stadt Wels hat keine Einnahmen, die sie selber erwirtschaftet oder durch ihre tolle Arbeit zustande kommen. Die Stadt Wels und jede Körperschaft des öffentlichen Rechts hat Einnahmen, weil sie es aus der realen Welt, nicht aus diesen Gremien, von den BürgerInnen, die in der Wirtschaft arbeiten, nimmt. Durch Gebührenerhöhung, Steuererhöhung, Abgabenerhöhung usw. Gutes Beispiel die Erhöhung der Müllgebühren – gleichzeitig wird gejubelt, dass die Einnahmen steigen. Da gibt es nichts zu jubeln, wenn die Einnahmen steigen. Es ist schön für die Politik, weil man in Projekte investieren kann. Wenn gleichzeitig die Ausgaben steigen, ist dies alles völlig irrelevant. Messen wir uns doch bitte einmal mit den Besten und nicht nur mit dem Mittelmaß!

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank für diese konstruktive Diskussion. Gestatten sie mir ein paar Anmerkungen: Man bekommt den Eindruck als hat man vergessen, dass wir von 2001 bis 2009 eine schuldenfreie Stadt waren. Manche von ihnen vergessen augenscheinlich, dass es eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise gab. Diese hatte an sich keinen direkten Einfluss auf unser Stadtbudget, aber einen Einfluss auf das Bundesbudget. Seit diesem Jahr laufen wir einem Minus von Bundesertragsanteilen von 40 Mio Euro hinterher, das wir bisher nicht einholen konnten. Das ist die Ursache, weil wir uns 2009 und 2010 entschlossen, trotz dieses Ausfalles der Bundesertragsanteile in diesem hohen Ausmaß weiter zu investieren in wichtige Einrichtungen der Stadt Wels. Wenn ich diesen Einnahmefall habe - also die Legende, die hier verbreitet wird, dass die Steuereinnahmen immer nur gesprudelt und gestiegen sind, stimmt natürlich überhaupt nicht, sondern es gab bei den Steuereinnahmen dramatische Einbrüche – so hatte dies eine Reduzierung unseres Anteiles an den Bundesertragsanteilen in diesem genannten Ausmaß zur Folge.

Trotzdem investierten wir. Das Beispiel Schule und Bildung ist sehr gut. Wenn wir diese neue angedachte, von allen Fraktionen gut geheißene Schule in Wels-West in der Finanzplanung bereits mitzählen, dann haben wir von 2008 bis 2015 nur in den Schulbau 35 Mio Euro investiert. Nur in den Schulbau, da rede ich noch nicht von der Kinderbetreuung und vielen anderen Projekten. Jetzt soll mir jemand sagen, ob dies schlechte Investitionen waren, ob wir diese Investitionen, wie dies Kollege Teubl fordert, nicht hätten tätigen sollen und ganz einfach darauf warten, dass sich die Einnahmen verbessern. Wenn wir in diesem Ausmaß die Einsparungen beispielsweise im Bereich der Verwaltungsreform hätten erzielen können, könnte nur alleine diese eine Investition im Bereich der Bildung realisiert werden.

Wenn ich mir die monatlichen Berichte der Finanzdirektion anschau, dass bereits im laufenden Budgetjahr 2015 wir bei den Bundesertragsanteilen um 700.000 Euro hochgerechnet auf das Jahr hinter den Prognosen und Erwartungen des Finanzministeriums zurückliegen, muss man sagen, ganz so exakt sprudeln die Einnahmen der Steuern nicht. Gut funktionieren die Einnahmen aus der Kommunalsteuer in unserer Stadt. Das ergibt sich aus den von uns beschlossenen Maßnahmen. Wir haben eine sehr gute Unternehmensstruktur und wir machen gemeinsam eine gute Ansiedlungspolitik. Wir fördern entsprechend die Betriebs-

ansiedelung. Wir fördern Umbaumaßnahmen und weitere Entwicklungen in unseren Betrieben. Ich nutze jede Gelegenheit bei Eröffnungen mich bei den Welser Unternehmungen und ihren MitarbeiterInnen für diese exakt zurzeit etwas über 35 Mio Euro Kommunalsteuer, die jährlich für unser Budget abgeliefert werden, zu bedanken. Das ist ein ganz entscheidender Faktor. Daraus zu schließen, dass überall die Einnahmen so sprudeln, wie dies Kollege Haböck sagte, ist nicht der Fall. Die Bundesertragsanteile sind unser Anteil an all den Steuern des Staates. Sie sinken dramatisch.

Kollege Wiesinger, diese 1,5 Mio Euro Zinsen, die sie ansprachen, stimmen natürlich nicht. Es sind 500.000 Euro, wie aus den Unterlagen exakt hervorgeht. Es ist nicht mein Stil Projekte gegeneinander auszuspielen – Sport versus Kultur – endlich wieder einmal aufräumen. Das stimmt ganz einfach nicht. Bei den Subventionen muss der Gesamtaufwand gegenübergestellt werden. Im Sportbereich haben wir 102 Vereine, die ehrenamtlich tätig sind. Viele Vereine betreiben eigene Anlagen. Die Burg und das Stadttheater, um nur zwei städtische Einrichtungen zu nennen, betreiben wir selbst und haben somit auch die gesamten Fixkosten zu tragen. Wenn sie schon die Subventionen als Vergleich heranziehen, dann zählen sie bitte in der Kultur auch jene Fixkosten dazu, die wir als stadteigene Betriebsteile aufwenden müssen. Wir bekennen uns dazu, dass ist keine Frage. Jedoch das gegenseitige Ausspielen bringt nichts. In Wahrheit ist der Anteil des Kulturbudgets in Summe (Sach- und Personalaufwand) deutlich höher als der Gesamtaufwand für den Sport in unserer Stadt.

Die Rücklagen haben sich in der Tat, Kollege Teubl hat hier absolut recht, ganz besonders erfreulich entwickelt. Hatten wir noch 2012 einen Stand von 7,3 Mio Euro – ich nehme bei den Rücklagen nicht die Ziffer, die die gebundenen Zweckerücklagen enthält, die sind eigentlich von uns nicht angreifbar, also wir müssen uns auf die freien Rücklagen beschränken - so stiegen diese auf 9,1 Mio Euro im Rechnungsabschluss 2014. D.h. wir haben deutlich mehr Rücklagen als wir laufenden Schuldendienst zu bedienen haben. Wenn ich mit der Verschuldungsdauer mittlerweile auf 6,2 Jahre zurückgekommen bin, ist das ein Wert, bei dem sich viele Privatbetriebe „alle zehn Finger abschlecken würden“, hätten sie so günstige Finanzierungsdauern. Ich weise allerdings darauf hin, dass dies abhängig ist von weiteren Investitionsbeschlüssen, die wir alle im Gemeinderat beschließen oder nicht beschließen. Jede Schwankung im Bereich der Verschuldung verändert natürlich auch die Rückzahlungsdauer dieser aufgenommenen Darlehen. Darüber sollten wir uns bei allen Investitionsbeschlüssen, wenn es um große Projekte geht, schon sehr im Klaren darüber sein und vielleicht auch manchmal darüber nachdenken, ob alles sofort gemacht werden muss oder ob man nicht sich dazu entschließt, wie wir dies in den 90er Jahren machten, Prioritätenreihungen vorzunehmen. Dann tun wir uns letztendlich beim Budgetausgleich wesentlich leichter.

In diesem Sinne danke ich nochmals für die Diskussion und ersuche um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

6.)

Eisenbahnersportverein Wels;
Zuschuss zur Sanierung der Fußballplätze
KI-Sport-104-2015

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 18.05.2015:

Der Eisenbahnersportverein Wels erhält einen Zuschuss zur Sanierung der Fußballplätze in der Höhe von € 55.000,00.

50 % des Subventionsbetrages sind ab sofort, der Restbetrag ist ab 01.08.2015 zur Auszahlung zu bringen.

Ein Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist vorzulegen.

GR. Marehard: Ergänzend zu den Ausführungen von Vzbgm. Wimmer möchte ich sagen, dass der ESV ca. 1.600 Mitglieder hat. Alleine in den Sektionen Tennis und Fußball werden 250 Kinder und Jugendliche betreut.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

7.)

Verein Turnhalle Wels;
Zuschuss für Sanierungen und energiesparende Maßnahmen
KI-Sport-104-2015

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 18.05.2015:

Der Verein Turnhalle Wels erhält einen Zuschuss für Sanierungen und energiesparende Maßnahmen im Jahr 2015 in der Höhe von € 55.000,00 und im Jahr 2016 ebenfalls einen Zuschuss in der Höhe von € 55.000,00.

Ein Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist vorzulegen.

Vzbgm. Lehner: Die entsprechende Förderung soll nicht der Welser Turnverein bekommen, sondern der Verein Turnhalle Wels. In diesem Sinne möchte ich auf eine Korrektur hinweisen: Bei der Stellungnahme der Finanzdirektion wird geschrieben, dass diese Förderungsposition auf den Welser Turnverein lautet, sie müsste und lautet auch korrekterweise im Voranschlag auf den Verein Turnhalle Wels. Das ist nicht gleichzeitig der Welser Turnverein, den sie mit so vielen Mitgliedern ansprechen. Der Verein Turnhalle Wels leistet einen hervorragenden und wichtigen Beitrag für den Turnverein. Er stellt die Infrastruktur zur Verfügung, aber es ist trotzdem auseinanderzuhalten.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank Herr Lehner. Ich kann mich jedoch nicht erinnern, dass ich etwas anderes gesagt hätte. Ich sagte der Verein Turnhalle Wels ist einer jener Vereine, der eine der größten Sportanlagen in unserer Stadt betreibt. Das ist richtig so. Der Verein hat diese verpachtet an den Verein Welser Turnverein. Völlig richtig, wie sie das sagen.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Welser Turnverein 1862;
Zuschuss für die Errichtung von Tennisplätzen
KI-Sport-104-2015

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 18.05.2015:

Der Welser Turnverein 1862 erhält einen Zuschuss zur Errichtung von Tennisplätzen im Jahr 2015 in der Höhe von € 50.000,00 und im Jahr 2016 ebenfalls einen Zuschuss in der Höhe von € 50.000,00.

Ein Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist vorzulegen.

GR. DI. Haydinger: Als ehemalige Nachwuchshoffnung des Welser Turnvereins im Bereich Tennis freue ich mich ganz besonders, dass die Mitgliederzahl des Vereines in den letzten Jahren kontinuierlich stieg. Auch die zahlreichen Erfolge der Mannschaften, sowohl im Jugend- als auch im Erwachsenenbereich, sind sehr erfreulich.

Drei Jugendmeister, der Aufstieg der zweiten Herrenmannschaft in die Landes-Liga und der Vizelandesmeistertitel der ersten Herrenmannschaft in der Oö. Liga sind sehr beachtlich.

Mit dreizehn Jugendteams, die sich an den Oö. Meisterschaften beteiligen, ist der Welser Turnverein zahlenmäßig die Nummer Zwei in Oberösterreich. Diese vorbildhafte Jugendarbeit wurde auch vom Oö. Tennisverband gewürdigt. Dieser hat den Welser Turnverein als jenen Verein mit der besten Jugendarbeit in ganz Oberösterreich ausgezeichnet.

Auf der Anlage selbst wurden im letzten Jahr nicht nur die U 18 Staatsmeisterschaften ausgetragen. Neben dem normalen Regelbetrieb wurden auch noch 42 Jugendheimspiele veranstaltet. Teilweise bereits auf angemieteten Flächen in Krenglbach. D.h. damit auf dieser Anlage des Welser Turnvereins auch weiterhin nicht nur Meisterschaften sondern auch der Breitensport betrieben werden kann, ist es dringend notwendig, diese zwei Plätze zu errichten. Mich als Freiheitlichen Gemeinderat und als begeisterten Tennisspieler freut es ganz besonders, dass die Stadt Wels einen Beitrag zur Errichtung der Tennisplätze leistet.

GR. DI. Leitinger: Wir haben in den letzten Jahren die Sanierung der Tennishalle in der Rosenau gefördert mit 1,54 Mio Euro. Diese Halle wird jetzt von den SPÖ- und ÖVP-nahen Sportvereinen genutzt. Es stellt sich natürlich die Frage, brauchen wir auch noch insgesamt 100.000 Euro, 50.000 Euro 2015, 50.000 Euro 2016, um für unsere dritte Partei die Tennisanlagen zu unterstützen und zu fördern. Sollten wir nicht vorher feststellen, ob die Tennishalle in der Rosenau wirklich zu 100 % ausgenutzt wird, ob nicht dort noch Möglichkeiten bestehen Tennis zu spielen, auch wenn es sich nicht um SPÖ- oder ÖVP-nahe Sportler handelt?

Vzbgm. Lehner: Dazu gleich spontan: Ich glaube, es werden sich unglaublich viele Mitglieder des Welser Turnvereines wehren in eine Parteischatulle geworfen zu werden. Genauso wie Mitglieder vom UNION- und ASKÖ-Verein in der Rosenau. Politik hat im Sportverein heute keinen Platz mehr. Ich selbst bin Mitglied im Turnverein, habe mich noch nie als Freiheitlicher empfunden und werde mich auch nicht als Freiheitlicher empfinden.

Vzbgm. Wimmer: Ich kann mich nur wundern über diese Philosophie, dass es politische Sportvereine gibt. Man kann mir sehr viel vorhalten, aber dass ich in meiner Tätigkeit als Sportreferent jemals nach parteipolitischen Gesichtspunkten Förderungen vorschlug, stimmt ganz einfach nicht. Sie werden mir keinen einzigen Fall nennen können. Es geht um den Sport. Auch ich habe SPÖ-Freunde, die im Turnverein tätig sind, die bei der UNION tätig sind und die beim ASKÖ tätig sind, wie bei vielen anderen Vereinen auch. Das spielt heute wirklich keine Rolle mehr. Es war sogar ein SPÖ-Mitglied einmal Obmann des Welser Turnvereines, was mich natürlich besonders freute. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

9.)

Reiterbund Wels;
Zuschuss zur Errichtung eines Parkplatzes und von Außenanlagen
KI-Sport-104-2015

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 18.05.2015:

Der Reiterbund Wels erhält für die Errichtung eines Parkplatzes und Außenanlagen einen Zuschuss in der Höhe von € 80.000,00.

50 % des vorgesehenen Subventionsbetrages sind ab sofort, der Restbetrag ist ab 01.08.2015 zur Auszahlung zu bringen.

Ein Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist vorzulegen.

GR. Mag. Humer: Der Reiterbund hat sich nicht nur was die Nachwuchsarbeit betrifft sondern auch durch das therapeutische Reiten in Form der Hippotherapie zu einem Vorzeigeverein entwickelt. Er veranstaltet sehr viele Großturniere. Familiär bedingt verbringe ich dort viel Zeit und habe ein gewisses Nahverhältnis.

Der angesprochene Parkplatz, auf dem die Fahrzeuge und Anhänger stehen, ist wirklich nicht tragbar. Ein Pferd wiegt ca. 500 – 700 kg, dazu kommt noch das Gewicht des Anhängers. Wenn es regnet, versinken diese in den aufgeweichten Böden. Ebenso ist der Bereich, auf dem bei Turnieren die Zeltboxen stehen problematisch. Aufgrund des Bodenaufbaues und des Gewichtes der Tiere entstehen immer wieder große Probleme.

Der Sport hat oftmals auch eine Umwegrentabilität. Wir alle erinnern uns noch an das ehemalige Kino Cineplex in der Ginzkeystraße. In wenigen Wochen wird dort ein Reitsportbedarfszubehör-Geschäft mit fünf Arbeitsplätzen entstehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Um jetzt nicht so dazustehen, als würden wir alles parteipolitisch sehen, haben wir auch an diesem Tagesordnungspunkt etwas auszusetzen.

Tatsächlich unterstützten wir diese sehr großzügige Anlage vor einigen Jahren mit sehr viel Geld. Man hätte eigentlich schon damals drauf kommen können, dass Pferde schwer sind und ein befestigter Parkplatz benötigt wird. D.h. es wurden beim Bau der Anlage einige Dinge nicht berücksichtigt. Man könnte natürlich jetzt auch böswillig interpretieren, vielleicht absichtlich nicht berücksichtigt worden, damit der Betrag nicht ganz so hoch ist und man dann scheinbar noch nachbessern kann. Das will ich jetzt gar nicht unterstellen. Aber auch hier muss man einmal sagen, es wurde bereits sehr viel Geld investiert. Und jetzt schon wieder einen derartig hoher Betrag – es geht um 80.000 Euro – einfach so auszugeben, noch dazu, wo die Kosten nicht ganz genau aufgelistet wurden, geht für uns nicht. Deswegen werden wir keine Zustimmung geben.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank an Bernhard Humer, der mit großer Fachkenntnis den Reitsport in Wels und darüber hinaus analysierte.

Lieber Walter Teubl, du hast eines übersehen. Natürlich sagte ich, dass die Stadt Wels und das Land Oberösterreich die Anlage erheblich förderten. In der Zwischenzeit vergrößerte sich jedoch die Anlage durch die Errichtung einer zweiten Reithalle wesentlich. Finanziert ausschließlich mit Eigenmitteln und ohne öffentliche Förderung - das ist hier untergegangen. Im Zuge dieser Vergrößerung sind Maßnahmen im Bereich der Außenanlagen notwendig. Das ist keine Verschleierung im ursprünglichen Projekt, sondern es sind Maßnahmen, die tatsächlich durch die Erweiterung des gesamten Geländes und durch den Neubau einer zweiten Trainingshalle dazukamen.

Mit großer Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass diese Halle ohne öffentliche Förderung realisiert werden konnte. Daher wundert mich diese Ablehnung ein wenig. Auch im Sportausschuss bemerkte ich bereits, dass die GRÜNEN für den Sport keine so große Affinität haben, wie sie mittlerweile z.B. bei Herrn Dr. Rabl einkehrte. Das sind die Überraschungen im positiven und negativen Sinne, die ich erlebe.

Weil ich nicht weiß, ob ich in der Juli-Gemeinderatsitzung einen Punkt auf der Tagesordnung habe, kann ich heute nur sagen, ich freue mich auf weitere sechs Jahre als Finanzreferent für die Stadt zu arbeiten.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion
angenommen.

GR. Hoflehner und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Saal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Gesellschafterzuschüsse an die WELIOS Betriebs-GmbH
DI-Verf-148-2015

Vzbgm. Dr. Rabl: Lieber Hermann, zu deinem letzten Satz: Darüber könnten wir schon reden, solange wir den Bürgermeister stellen ist alles o.k.

Der Antrag beschäftigt sich mit dem Thema WELIOS. Ein doch sehr ernstes Thema in Anbetracht der Entwicklung des WELIOS in der Vergangenheit. Vor etlichen Jahren, das war im Dezember 2012, entschlossen wir uns einvernehmlich dem WELIOS bis zum Jahr 2015 Gesellschafterzuschüsse zu gewähren in der Höhe von ca. 1 Mio Euro flankiert durch Maßnahmen von Stadtunternehmen, die ebenfalls das WELIOS mit Werbung unterstützen sollen. Diese Frist ist jetzt abgelaufen. Wir sagten, nach Ablauf dieser Frist brauchen wir einen Evaluierungsbericht wie es konkret mit dem WELIOS weitergeht. Anlass zu dieser Debatte war ein Brief des Herrn Bürgermeisters, der in Wahrnehmung seiner Prüf- und Warnpflicht den Gemeinderat und die Fraktionsobmänner darüber informierte, dass, sollten für das WELIOS keine weiteren Gesellschafterzuschüsse auch im Jahr 2016 beschlossen werden, in diesem Fall das WELIOS mit der Insolvenz bedroht ist. Das ist durchaus sehr angenehm zu wissen und dass die Karten so offen dargelegt auf den Tisch gelegt werden. Die Freiheitlichen sagten, wir wollen dazu Gespräche führen und wir legten Kriterien fest, unter denen wir der Meinung sind, dass das WELIOS durchaus weitere Subventionen erhalten sollte in einer Höhe, die ein Überleben ermöglicht.

Wesentlich dazu war für uns, dass es eine enge Kooperation zwischen dem WELIOS auf der einen Seite und dem Stadtmarketing sowie der Messe Wels auf der anderen Seite gibt, sodass eine laufende Bewerbung, ein gemeinsamer Marketingauftritt ermöglicht wird, damit sehr koordiniert Marketing betrieben werden kann, nicht nur zum Positiven des WELIOS sondern auch im Interesse der Stadt Wels. Weiters ist ein mittelfristiger Investitionsplan für die Jahre 2016 und 2017 erforderlich, wobei aus

unserer Sicht auch zu berücksichtigen sein wird, dass hier weitere Investitionen im WELIOS notwendig sein werden. Gerade wenn man überlegt, dass die Ausstellung im WELIOS jetzt knapp fünf Jahre alt wird, wissen wir, wir brauchen Neuerungen. Wir brauchen neue Schaustücke aber auch neue Blockbuster-Ausstellungen, um den Besucherzuzug in dieser Form zu halten.

Der dritte wesentliche Punkt betrifft die Unterstützung des Landes Oberösterreich. Ich schaute mir an, wie sehr das Ars Electronica Center in Oberösterreich unterstützt wird. Es hat in den vergangenen Jahren, ausgenommen das Jahr 2014, über 1 Mio Euro pro Jahr an Unterstützung vom Land OÖ erhalten. Im Jahr 2014 waren es nur 300.000 Euro, wobei ein Rückgang aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar war. Tatsache ist, dass andere vergleichbare Institutionen in Oberösterreich vom Land ganz massiv unterstützt werden. Wenn wir in unserem Antrag einen Punkt anführten – Unterstützung durch das Land OÖ – dann ist damit nicht unbedingt gemeint, dass das Land Geld bezahlen muss. Es würde aus meiner Sicht schon reichen, wenn das Land das WELIOS als Museum anerkennt, sodass Schulklassen die Möglichkeit haben das WELIOS einfacher zu besuchen, weil es eine spezielle Förderung für die Fahrten zum und vom Museum sowie für den Eintritt gibt. Das wäre ein guter Beginn, um einen vernünftigen Weg für das WELIOS zu finden hier Fuß zu fassen, obwohl ich weiß, dass das Land diesen Status bisher verweigerte. Ich glaube jedoch, es wäre ein Verhandlungsstandpunkt, den die Stadt Wels mit großer Vehemenz vertreten sollte.

Es muss aber auch eine klare Zielsetzung geben, was passiert wenn das WELIOS die angepeilten 70.000 Besucher dauerhaft nicht erreicht. Als wir 2012 über die zukünftige Entwicklung des WELIOS sprachen, haben wir klar festgelegt, Ziel muss es sein, dass das WELIOS im Jahr 2017 70.000 regelmäßige Besucher hat. Wir legten sogar ein durchschnittliches Eintrittsgeld fest. Das belief sich damals auf 5 Euro netto. Insofern war es völlig klar, dass dies der Durchschnittswert ist.

Tatsache ist, dass eine positive, von uns vorgestellte Entwicklung bisher nicht eintraf. Ich will jetzt nicht sagen, dass das WELIOS daran schuld ist. Es sind viele Ursachen, die dafür sprechen, dass die Besucherzahlen nicht im prognostizierten oder erwarteten Ausmaß eintrafen. Wir müssen uns darüber unterhalten, ab welchem Zeitpunkt das WELIOS tatsächlich der Vergangenheit angehören soll. Hier spielt natürlich auch die Problematik eine Rolle, dass wir bzw. das Land Förderungen von der EU erhielten und unter Umständen eine Rückzahlung dieser Förderungen im Raum steht, sollte das WELIOS vor der Zeit geschlossen werden. Aber selbst wenn wir bis zum Jahr 2025 durchhalten - das ist aus meiner Sicht nicht ausgeschlossen, es kommt auf die Rahmenbedingungen an – müssen wir ein Szenario entwickeln, was danach passieren soll.

Hermann Wimmer präsentierte vergangenen Freitag Visionen für 2050. Ich hätte mir gewünscht, er hätte eine Vision wenigstens für 2025 gehabt. Es gibt durchaus erhebliche Probleme, die zu bearbeiten gewesen wären. Das vermisste ich hier. Wir müssen uns darüber unterhalten und nachdenken, wie es mit dem WELIOS weitergeht, wenn die Besucherzahlen nicht erreicht werden? Insbesondere gibt es eine enge Kooperation mit der Fachhochschule, so wie wir uns das alle wünschen oder gibt es diese nicht? Kann diese Kooperation unter Umständen noch ausgebaut werden? Das halte ich für eine sehr sinnvolle Lösung. In der Vergangenheit schlug ich das bereits mehrmals vor, noch dazu wenn man Teile des WELIOS für Start Up–Unternehmen zur Verfügung stellt, um eine Gründerszene in Wels zu entwickeln. Eine Start Up–Szene,

die in enger Kooperation sowohl mit dem WELIOS als auch mit der Fachhochschule Impulse setzt in einem technologisch hoch stehenden Bereich. Das wäre durchaus mein Wunsch. Hier könnte man das WELIOS, vor allem das Gebäude, in mehrerer Hinsicht nutzen. Diese klare Zielsetzung müsste im Gemeinderat auf breiter Basis festgelegt werden.

Tatsache ist, wir müssen über ein Ausstiegsszenario reden. Man muss ein Worst-Case-Szenario haben. Unter welchen Bestimmungen und unter welchen Voraussetzungen können und wollen wir uns das WELIOS nicht mehr leisten. Auch darüber müsste diskutiert werden, weshalb wir den Antrag einbrachten. Es soll auf Basis der Fraktionen unter Vorsitzführung des Bürgermeisters ein Gespräch geben, wo diese Parameter besprochen werden. Ich weiß, auch die ÖVP hat in diesem Zusammenhang einige Vorstellungen formuliert, unter welchen Voraussetzungen man sich eine weitere Unterstützung des WELIOS vorstellen könnte. Es ist höchste Zeit sich darüber zu unterhalten. Nach der Wahl haben wir sicher ein Zeitproblem und ich glaube nicht, dass wir das so schnell hinbekommen werden, dass wir einen Beschluss noch vor Jahresende fassen können. Um eine Planungssicherheit herzustellen müssen wir jetzt diese Entscheidungen treffen, und zwar in ganz naher Zukunft, in der Gemeinderatsitzung im Juli – alles andere wäre aus meiner Sicht zu spät.

GR. LAbg. Dr. Csar: Dieser von der FPÖ eingebrachte Antrag beinhaltet sehr viel Selbstverständlichkeiten, die wir bereits im Aufsichtsrat aber auch politisch besprochen. Diese Selbstverständlichkeiten sind bei der ersten Förderungsgewährung für das WELIOS bereits diskutiert worden, daher brauchen wir dies nicht im Gemeinderat zu tun. Das sollten wir im Ausschuss machen, in diesem auch über die Richtigkeit der Zahlen betreffend Besucherströme diskutieren. Die Zahlen von Andreas Rabl entsprachen damals nicht der Wahrheit.

Wir können über ein Teilschließung, über eine Schließung oder eine Förderung diskutieren, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. LAbg. Dr. Csar auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 16) an den Präsidial- und Integrationsausschuss wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Dazu versichere ich ihnen, es kann nur unser gemeinsames Ziel sein. Es ist auch mein Ziel im letzten Juli-Gemeinderat einen Antrag einzubringen, der beschlussfähig ist und der hoffentlich gemeinsam getragen wird. Ich stimme Kollegen Dr. Rabl zu - November, Dezember oder was auch immer, ist zu spät. Dann könnte es tatsächlich zu Problemen kommen.

Daher wird folgende Vorgangsweise sein: In den nächsten Tagen werden die Fraktionsvorsitzenden ein Gespräch führen. Der Geschäftsführer wird bereits seine Überlegungen präsentieren. Wir werden sehen, welche Vorschläge von den Fraktionen unterbreitet werden. Anschließend wird ein entsprechender Amtsbericht formuliert, der dem Aufsichtsrat natürlich zuzuleiten ist. Auch der Aufsichtsrat muss sich damit befassen. Anschließend kommt er in den Präsidialausschuss und in den Gemeinderat. Also, sie sehen in diesem Monat ist noch viel Arbeit zu leisten.

11.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von Badeinbauten erlassen werden (Badeinbauförderungsrichtlinien)
SB-WBF-31-2015

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 19.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Richtlinien zur Förderung von Badeinbauten (Badeinbauförderungsrichtlinien) beschließen.

StR. Huber: Lieber Andreas, deine Initiative ist äußerst begrüßenswert. In der heutigen Zeit ist es nicht notwendig, dass jemand in Substandard-Wohnungen lebt. Als Sozialreferentin muss ich jedoch zu deiner Begründung etwas sagen: Du sprichst vom knappen Angebot an Heimplätzen und an Seniorenwohnungen. In der sozialen Musterstadt Wels gibt es derzeit genug Heimplätze und Seniorenwohnungen. Bei den Heimplätzen haben wir aktuell 4 Zimmer frei, in den Seniorenwohnhäusern stehen 7 Wohnungen leer. Also dein „knappes Angebot“ wollte ich nicht unerwidert lassen.

Grundsätzlich ein Dankeschön für die Initiative. Wir alle wissen, gerade in Substandard-Wohnungen wohnen ältere Menschen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund. Daher finde ich diese Initiative wirklich super.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

12.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Wohnungskostenförderungsrichtlinien abgeändert werden (1. Novelle zu den Wohnungskostenförderungsrichtlinien)
SB-WBF-32-2015

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 19.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende 1. Novelle zu den Wohnungskostenförderungsrichtlinien beschließen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Der erste Satz von Vzbgm. Rabl irritierte mich jetzt doch sehr - das war die Passage „eine Initiative der FPÖ“. In der ersten Hälfte 2013 brachte die SPÖ einen umfassenden Antrag zu leistbarem Wohnen, zur Schaffung von mehr Wohnraum usw. ein. Die Umsetzung durch den zuständigen Referenten dauerte „nur“ zwei Jahre.

Würdigen darf ich jedoch, dass wir wenigstens jetzt diesen Antrag vorliegen haben, weil es wieder darum geht, dass wir jungen Menschen die Möglichkeit geben sich selbständig zu machen und das „Hotel Mama“ zu verlassen.

GR. DI. Leitinger: Wenn es heißt, es war eine reine Initiative der FPÖ und nur diese Partei ist daran interessiert jungen Menschen die Möglichkeit zu geben eine eigene Wohnung zu finden, so stimmt das nicht. Auch die GRÜNEN sind natürlich dafür junge Menschen zu unterstützen und haben diese Förderung wesentlich mitbearbeitet.

GR. Markus Wiesinger: Selbstverständlich ist auch die ÖVP dafür junge Menschen in Wels bei ihrer Gründung eines Hausstandes zu unterstützen. Wie sich dieser Antrag nun darstellt – das unterscheidet die ÖVP von der FPÖ – so sind wir nicht beleidigt, wenn etwas nicht so erledigt wurde, wie wir es wollten.

Die Angelegenheit wurde bereits zweimal im Ausschuss behandelt. Ein Argument unsererseits war, dass diese Förderrichtlinie auch einen gewissen Lenkungseffekt haben sollte. Ich begründete dies damit, dass aus unserer Sicht ein positiver Pflichtschulabschluss wichtig wäre. Alle Parteien stimmten im Ausschuss zu. Die Angelegenheit wurde jedoch vertagt, ja sogar im darauffolgenden Ausschuss gestrichen.

Bei dieser Förderrichtlinie stört uns noch, dass sie ausschließlich für Genossenschaftswohnungen vorgesehen ist. Wir sprechen immer von der Stärkung, Belebung der Innenstadt. Ein privater Vermieter erhält diese Förderung nicht. Somit ist es nicht verwunderlich, wenn wir diesem Antrag nicht zustimmen werden.

GR. DI. Leitinger: Eine kurze Ergänzung zum Statement vom Kollegen Wiesinger: Die GRÜNEN haben nie gefordert, dass das Vorliegen einer Ausbildungsbestätigung Voraussetzung ist, um diese Förderung zu bekommen. Das wollen wir nicht. Jeder Jugendliche soll die Möglichkeit haben, diese Förderung in Anspruch zu nehmen. Das haben wir im Ausschuss immer deutlich vertreten. Daher findet diese Förderung unsere ungeteilte Zustimmung.

GR. Haböck: Nachdem nun geklärt ist, dass alle Parteien dafür sind, möchte ich gar nicht so sehr inhaltlich darauf eingehen, sondern ein anderes Detail erwähnen. Seit 2009 ist der zuständige Referent dafür maßgeblich. Dafür wird er auch bezahlt. Ende 2014 – nach 5 Jahren Zuständigkeit – wurde erstmals eine Richtlinie vorgelegt, die so erfolglos war, dass sie wenige Wochen später bereits novelliert werden musste. Zum Glück gibt es eine Wahl. Schade, dass nicht jedes Jahr eine Wahl ist, dann würden manche Sachen wahrscheinlich rascher erledigt werden.

GR. Mag. Parzmayr: Liebe Kollegen der ÖVP! Eines verwundert mich jetzt schon ein bisschen. Wir wollen jetzt nicht mehr darüber streiten, wer hier die Initiativen setzte. Interessanterweise wurde bei der Beschlussfassung im November 2014 die vom Referenten vorgelegte Richtlinie einstimmig ohne Wortmeldung angenommen. Ohne Wortmeldung! Nun plötzlich ist sie so schlecht und so erfolglos, dass einer Novellierung nicht mehr zugestimmt werden kann. Das verstehe ich nicht ganz. Ursprünglich war die Richtlinie so gut, dass auch die ÖVP diese für eine gute Idee empfand. Dann zeigte sich, die Verordnung ist leicht verbesserungswürdig – das wir jetzt gemacht. Nun sagt die ÖVP plötzlich nein, das wollen wir nicht. Nachdem die anderen Parteien ihre Zustimmung signalisierten, wird dies jedoch nicht weiter ins Gewicht fallen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die Frage eines Zuschusses mit einem Schulabschluss zu verquicken, halte ich für relativ abenteuerlich. Ein 18-Jähriger fällt beispielsweise bei der Matura durch – dieser hat keinen Schulabschluss, das muss uns klar sein. Wenn wir das nach den gesetzlichen Vorschriften sehen, darf dieser keine eigene Wohnung gründen?!

Ein junger Mann/eine junge Frau, 25 Jahre alt, arbeitet als Hilfskraft bei der Firma Spar, hat keinen Schulabschluss, deshalb keine Förderung. Wir könnten das beliebig fortsetzen.

Wir sind in der vorletzten Gemeinderatsitzung einer Legislaturperiode - jetzt kommen die Initiativen vom Referenten, der seit sechs Jahren dafür zuständig ist. Gestartet wurde die Initiative, wie bereits erwähnt, von der SPÖ in der ersten Hälfte 2013. Anschließend gab es einen gemeinsamen Antrag aller Parteien. Jetzt werden schön langsam die Details ausgearbeitet. Das wirft ein besonderes Licht darauf, wie in diesem Bereich gearbeitet wird.

Vzbgm. Lehner: Eine Novelle birgt die Chance noch einmal über alles nachzudenken, das darf wohl erlaubt sein. Die ÖVP sieht sich die Dinge genau an, überlegt warum etwas nicht funktionierte, was könnte für die Zukunft verbessert werden.

Bildungsdiskussionen führten wir vor wenigen Minuten zwei Stunden lang. Das Bildungsniveau ist tendenziell in unserer Stadt zu niedrig, darüber sind wir uns einig. Es gehören Impulse für die Bildung gesetzt. Wenn wir jetzt als ÖVP sagen, wenn jemand eine Förderung für eine Wohnung bekommt, soll zumindest eine Person den Pflichtschulabschluss haben. Ich bin der Meinung, man sollte hier zumindest einen abgeschlossenen Lehrberuf einfordern oder eine abgeschlossene dreijährige Bildung. Dass der Leistungsansatz der SPÖ hier vollkommen anders ist, nehme ich zur Kenntnis. Das ändert aber nichts an meiner Meinung, wir müssen uns in Wels wirklich darum bemühen das Bildungsniveau allgeheim zu erhöhen.

Der zweite Punkt betrifft die Priorität der Innenstadt. Wir alle bekennen uns in Sonntagsreden zu einer Stärkung der Innenstadt. Jetzt gibt es eine Förderung, die nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn eine Genossenschaft involviert ist. Wenn man sich die über Genossenschaft zu vergebenden Wohnungen in der Innenstadt anschaut, dann ist das Spektrum sehr gering. Speziell dort, wo sich junge Menschen wohl fühlen - in der Innenstadt, im Zentrum, im Herzen unser Stadt - gibt es keine Genossenschaftswohnungen. Dort gibt es aber sehr viele Hauseigentümer, die vielleicht im Dachbodenbereich unausgebaute Wohnungen besitzen. Wenn es dazu eine Förderung gibt, unterstützen wir das. Eine Förderung, die es bildungsfernen

Schichten geradezu ermöglicht, ja diese sogar einladen nach Wels zu ziehen, um hier eine Förderung in Anspruch zu nehmen. Das lehnen wir ab.

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir hätten uns gewünscht, dass über unsere Einwände, Bedenken und Vorschläge im Ausschuss intensiv diskutiert wird. Daraus wäre ein abgestimmter Vorschlag entstanden, den wir heute beschließen hätten können. Das war leider nicht möglich. Es tut uns leid, dass trotz allen von der ÖVP gemachten Angeboten es nicht möglich war auf unsere Bedenken einzugehen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Hier teile ich die Kritik des Kollegen Haböck, die Richtlinie hatte nicht den gewünschten Erfolg. Im Gegensatz zu anderen Richtlinien, beispielsweise die Wirtschaftsförderung, wo es nur drei bis vier Anträge jährlich gibt und die noch immer nicht reformiert wurde, habe ich mich entschlossen relativ rasch eine Reform durchzuführen. Lieber Peter, weil ich die Einwendungen der ÖVP kennen lernen wollte, habe ich extra diese Richtlinie im Ausschuss zuerst beraten und sie nicht als Antrag eingebracht. Im Ausschuss waren GR. Waringer und GR. Wiesinger anwesend. Beide sagten, wichtig für sie ist ein Leistungskriterium, man solle daher einen Schulabschluss verlangen. In der Folge einigten wir uns im Ausschuss einstimmig darauf, dass wir dieses Kriterium in die Richtlinie aufnehmen.

Die Richtlinie wurde im darauf folgenden Ausschuss erneut diskutiert. Diesmal war GR. Wiesinger nicht mehr dabei. Wir fragten, ob es noch irgendwelche Stellungnahmen, Verbesserungsvorschläge etc. gibt. Von der zuständigen Gemeinderätin der ÖVP wurde uns daraufhin mitgeteilt, nein – nur das Kriterium mit dem Schulabschluss ist ihr zu wenig. Auf meinen Hinweis, dass wir uns im vorangegangenen Ausschuss darauf einigten, sagte sie nein, trotzdem nicht. In der Folge wurde das Kriterium wieder herausgestrichen, genauso wie es Kollege Reindl-Schwaighofer erklärte. Dann hieß es wieder wir sind jetzt doch dagegen, weil es nicht enthalten ist. So viel zur Vorgehensweise der ÖVP.

Einen Vorschlag der ÖVP hörte ich weit und breit nicht, weder das erste, noch das zweite, noch das dritte Mal. Überhaupt kam in diesem Zusammenhang von der ÖVP gar nichts. Es ging daher der ÖVP nicht darum in irgendeiner Weise etwas zu verbessern, sondern einfach etwas zu haben, womit man den Rabl prügeln kann. Das ist die Wahrheit. Es ist ganz gut gelungen.

Tatsache ist, dass die Zusammenarbeit und Mitarbeit der ÖVP in diesem Zusammenhang überhaupt nicht gegeben war, weshalb mich das ganze Verhalten der ÖVP einerseits wundert, andererseits sind wir aus der Sicht der ÖVP mitten im Wahlkampf. Man glaubt hier sich einen kleinen Vorteil herausholen zu können. Soll so sein, ist mir aber ohnehin in der Sache selbst nicht dienlich.

Zu den Aussagen von Peter Lehner, „oh je´, wir bekommen den großen Zuzug aus dem Umland“, dann kennst du offensichtlich die Wohnungsvergaberichtlinien der Stadt Wels nicht. Diese sieht vor, dass diese Förderung nur Genossenschaften zugutekommen kann. Lt. Wohnungsvergaberichtlinie muss man entweder fünf Jahre in Wels wohnen oder arbeiten. Hättest du entsprechende Anfragen an deinen GR-Kollegen Pernkopf gemacht, hätte dich dieser sicher darüber aufklären können. Offensichtlich funktioniert die Kommunikation in der ÖVP doch nicht so optimal, wie das oft behauptet wird.

Um der historischen Wahrheit näher zu kommen, darf ich noch auf die Ausführungen von Kollegen Reind-Schwaighofer eingehen: Am 28.05.2013 hat die FPÖ ihr Wohnkonzept präsentiert. Am 17.06.2013 hat dies die SPÖ getan. Dann gab es einen gemeinsamen Antrag, nachdem es hohe Übereinstimmung gab. Offensichtlich hat die SPÖ hier von der FPÖ abgeschrieben. Ist aber o.k. – mit dem kann ich gut leben. Das Ergebnis ist das, was zählt.

Wichtig ist mir zu erwähnen, was im Zuge dieses Konzeptes tatsächlich passiert ist. Wir erarbeiteten eine Bädereinbaurichtlinie, eine Lifteinbaurichtlinie, eine Heizungseinbaurichtlinie, eine Alarmanlageneinbauförderrichtlinie, eine Richtlinie zur thermischen Sanierung – all das hat der Wohnungsreferent die letzten fünf Jahre gemacht! Und wir haben die Wohnungsvergaberichtlinie ebenfalls mehrfach modifiziert. So viel dazu, dass in meinem Referat nichts geschehen sei. Das sind nur die Richtlinien, die von mir tatsächlich umgesetzt wurden. Lieber Johnny, die einzige Richtlinie, die nicht umgesetzt wurde, war die für Bauland für Jungfamilien und die ist im SPÖ-Bereich verantwortlich. Dort ist seit fünf Jahren nichts passiert. Vielleicht kannst du einmal deine Kollegen auffordern hier tätig zu werden, damit auch in diesem Bereich etwas weitergeht. Das würde ich mir zumindest sehr dringlich wünschen. Nachdem dieser Antrag inzwischen zwei Jahre alt ist, wie du richtig feststellst, hätte auch die SPÖ in diesen zwei Jahren endlich einmal tätig werden können. Ich arbeitete jedenfalls alles ab, was mir aufgetragen wurde, wenn es auch hier und dort ein bisschen länger dauerte. Wenn es auch hier und dort nicht zum gewünschten Ergebnis führte, so war ich doch mutig genug die Richtlinien dann, wenn sie nicht funktionierten, entsprechend zu ändern.

Ich glaube, das was heute am Tisch liegt ist durchaus ein guter Weg, um den gewünschten Effekt, nämlich junges Wohnen wieder leistbar zu machen, zu erreichen.

Vzbgm. Wimmer: Es ist wirklich spannend, wie unterschiedlich Herr Dr. Rabl seine Gunst an die verschiedenen Fraktionen verteilt.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger, GR. Hoflehner und GR. Mag. Humer sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

13.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien Mietförderung 2015 (MPF 2015) erlassen werden
FD-WF-5600-2015

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügten Richtlinien Mietförderung 2015 (MPF 2015) beschließen.

GR. Hacker: Peter Lehner sagte ja bereits sehr viel zu diesem Punkt. Wir diskutierten im zuständigen Ausschuss in den letzten Wochen mehrmals über den Mietpreisförderungsantrag. Fakt ist, wir stimmten in der letzten Sitzung einstimmig dieser Richtlinie zu. Wir müssen gegen die Leerstände in der Innenstadt aktiv werden. Wir müssen Maßnahmen dagegen setzen. Es ist wichtig Handelsbetriebe, Gewerbebetriebe, Dienstleister, die lt. Gewerbeordnung ein Gewerbe ausüben, in der Kernzone zu unterstützen. Wir sind überzeugt davon es ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Leerstände zu minimieren, neue Geschäfte nach Wels zu holen und den Branchenmix weiter zu forcieren. Die Belebung, die Präsentation, die Attraktivität eines Stadtzentrums ist das Aushängeschild für eine Stadt. Die dadurch erreichte Aufwertung spiegelt sich auch in Zahlen wider. Ich denke schon, es ist der Schlüssel zum Erfolg.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNEN haben anlässlich der vielen Diskussionen, die wir hier und anderswo führten, bezüglich Belebung der Innenstadt immer wieder festgestellt, dass es die Zukunft der Innenstadt sicherlich nicht sein wird, die Filialisten wieder zurückholen, die vor vielen Jahren aus der Innenstadt abwanderten und heute in den Einkaufszentren am Stadtrand residieren.

Wir glauben, dass die Zukunft der Innenstadt darin liegt, dass kleine eigentümergeführte Geschäfte entstehen, die etwas anderes bieten. Die höhere Qualität bieten, die fair gehandelte Waren bieten, die alternative Geschäftsideen haben, die Reparaturen anbieten, Dienstleistungen u.v.a.m. Das kann auch der Innenstadt ein eigenes Flair geben. Das kann der Innenstadt eine besondere Note geben und wieder ein Einkaufserlebnis möglich machen, das jenseits von Handygeschäften, Spielsalons und Wettbüros in unserer Stadt. Daher sind wir natürlich interessiert daran gewesen, dass es eine Förderung gibt. Denn gerade kleine, junge Unternehmen haben es sehr schwer in der Innenstadt Fuß zu fassen, weil die Mieten sehr hoch sind.

Daher brachten wir uns in die Beratungen zu diesem Punkt im Wirtschaftsausschuss intensiv ein. Diese Beratungen waren in der Tat nicht leicht. Denn was wir keineswegs wollen ist mit dieser Förderung überhöhte Mieten zu fördern. Daher drängten wir auf ganz konkrete Festlegungen. Eine davon ist, dass die Miethöhe das ortsübliche Maß nach WKO-Index nicht überschreiten darf. Eine andere ist, dass keine Filialisten gefördert werden. Eine dritte ist, dass es eigentümergeführte Unternehmen sein

müssen u.v.a.m. Wir haben also mit etlichen Detailbestimmungen versucht tatsächlich diese Unternehmen zu fördern, die förderungswürdig und imstande sind die Welser Innenstadt zu beleben und ihr ein Gepräge zu geben, wie wir es uns vorstellen und wir damit einen Branchenmix erreichen, der durchaus sehenswert ist.

Daher sind wir für diese Mietkostenförderung, vor allem auch im Hinblick der Befristung auf ein Jahr. Nach einem Jahr hat man die Möglichkeit zu evaluieren, ob tatsächlich die Förderung dem entsprochen hat, was man sich vornahm. Ob die Entwicklung in die Richtung geht, wie sie mit dieser Förderung gemeint ist.

Herr Vorsitzender, wir brachten einen Abänderungsantrag ein, den ich bitten würde zu verlesen. Der Abänderungsantrag beinhaltet eine Änderung der Abgrenzung des Förderungsgebietes. Und zwar schlagen wir vor, dass im Norden nicht die Eisenhowerstraße, sondern wie allgemein im Welser Berufsfeld üblich, die Westbahnlinie die Grenze bilden soll.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, ich verlese den Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, wie folgt:

„Auf Seite 3 soll unter § 2, Abs. 2a, die Zuordbarkeit im Norden statt mit der Eisenhowerstraße mit der Westbahnstrecke festgelegt werden, d.h. das Wort Eisenhowerstraße ist durch Westbahnstrecke zu ersetzen.“

Ich bitte sie, das in die Diskussion miteinfließen zu lassen.

GR. Manfred Wiesinger: Ein kurzer Rückblick über die Entstehung dieses Antrages. Es gab eine Idee der SPÖ-Fraktion Firmengründungen in sehr eingeschränkter Form in der Innenstadt zu unterstützen in Form eines Wettbewerbes. Nur den drei Besten dieses Wettbewerbs wäre eine Unterstützung zugekommen. Diesen Antrag lehnten die FPÖ und die ÖVP ab. Bereits damals führte ich aus, dass die Grundidee für die Innenstadt nicht schlecht ist. Nur fair war sie nicht. Wenn man für alle Gründer eine Richtlinie findet, damit jeder gleichberechtigt unterstützt werden würde, könnte ich dem zustimmen. Mit diesem Antrag haben wir nun die richtige Richtung eingeschlagen.

Sehr geehrter Herr Mag. Teubl, im Ausschuss wurde darüber rege diskutiert, nur die GRÜNEN hielten sich zurück. Es war nicht nur ihr Anliegen, sondern es war auch unser Anliegen den Mietpreis mit einem Mietpreisspiegel zu decken, denn die Gefahr bestünde, dass Vermieter mehr Miete verlangen würden.

Zur Kollegin Hacker muss ich sagen, ihr Vortrag klang fast so als würde dieser Antrag die Lösung für die Probleme in der Innenstadt sein. Die Lösung ist es sicher nicht. Es ist ein Beitrag dazu. Doch es muss noch viel mehr geschehen, damit sich in der Innenstadt die Situation verbessert. Wenn sich zusätzliche Handelsbetriebe in der Innenstadt ansiedeln, verbessern sich nicht nur die Kommunaleinnahmen der Stadt, sondern verbessert sich die Situation für die bestehenden Betriebe, da mehr Besucher nach Wels kommen und die Infrastruktur beleben.

Positiv finde ich, dass dieser Antrag mit einem Jahr begrenzt wurde, damit anschließend evaluiert werden kann.

GR. Schönberger: Der Antrag kam seinerzeit von Seiten der SPÖ. Damals wollten wir eine Start Up-Förderung für Jungunternehmer in der Innenstadt. Wir setzten eine Diskussion in Gang, die letzten Endes in etwas sehr Konstruktivem endete. Auch wenn die Förderung zeitlich begrenzt ist, damit es finanziell überschaubar bleibt. Natürlich wird dieser Antrag nicht die Probleme der Innenstadt lösen, aber es ist ein Mosaiksteinchen dazu die Innenstadt wieder mehr zu beleben.

Wir wollen Förderungen mit einem Lenkungseffekt ausschütten. Mit diesen Richtlinien ist es uns sehr gut gelungen. Ich hoffe, es werden diese von sehr vielen jungen Unternehmen in Anspruch nehmen. Es sollen wirklich junge Menschen dazu animiert werden ihre Unternehmen in der Innenstadt zu gründen.

Vzbgm. Lehner: Danke für die Wortmeldungen. Diese neuen Richtlinien zeigen, wie viele gute Ideen von vielen engagierten Gemeinderäten in einer intensiven Ausschusssitzung dazu führen, am Ende ein gutes Produkt zu erhalten. Es ist unwesentlich von wem jede einzelne Idee kommt. Wir können damit einen wichtigen Impuls in der Innenstadt setzen, um diese weiter zu attraktivieren. Mit dieser Förderung gelingt es uns sicherlich den einen oder die andere JungunternehmerIn in die A, B und C-Lagen der Innenstadt zu bringen, um moderne, innovative Dienstleistungen und Produkte anzubieten.

Zum Abänderungsantrag der GRÜNEN: Ich verstehe den Hintergrund dieses Abänderungsantrages sehr gut. Es geht in Wirklichkeit um ein Objekt, das in der letzten Zeit bereits einige Mieter fand in einem sehr wesentlichen und guten Bereich für fair gehandelte Produkte. Das Erfreuliche daran ist, dass meines Wissens nach dort derzeit keinen leeren Geschäftsflächen mehr vorhanden sind. Ich bin der Meinung, dass wir jetzt in dieser ersten Variante, sprich Befristung auf ein Jahr - die sog. klassische Sunset-Klausel wurde eingefügt - auf die Ausdehnung des Gebietes verzichten. Falls sich in diesem Jahr herausstellt, dass beim entsprechenden Objekt – die alte Rahmenfabrik – ein Förderungsbedarf gegeben ist, können wir die Richtlinie entsprechend abändern.

Der Abänderungsantrag (Anlage 20) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
gegen 28 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits, GR. Buttinger, GR. Reindl-Schwaighofer und GR. Schatzmann sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Hauptantrag (Anlage 19) zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 192)
und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 152)
BZ-BauR-5004-2014
BZ-BauR-5002-2015

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und
Stadtentwicklungsausschusses am 11.05.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 192) und des
Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 152) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des
Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 202) und des Örtlichen
Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 159)
BZ-BauR-5014-2014

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und
Stadtentwicklungsausschusses am 11.05.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 202) und des
Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 159) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 708/A.1 (Stadtteil: Waidhausen) – erstmalige Erfassung
BZ-BauR-6012-2014

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und
Stadtentwicklungsausschusses am 11.05.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte
Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 708/A.1 (Stadtteil: Waidhausen) – erstmalige
Erfassung beschließen.

GR. Schönberger: Im Ausschuss wurde dieses Projekt mit Stimmenmehrheit
angenommen. Die SPÖ-Fraktion findet das Projekt hervorragend, speziell für
Jungfamilien, denen es damit ermöglicht wird ein Eigenheim zu erwerben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNEN sprachen uns gegen diesen Bebauungsplan aus,
weil wir generell gegen eine Bebauung auf diesem Areal sind. Es handelt sich um das

Areal unterhalb des Wirt am Berg, in unmittelbarer Nähe des Europa-Schutzgebietes - ein Areal, das bisher grün war. Wenn auch nicht Natur so doch eine grüne Sportfläche, die jetzt verbaut werden soll. Das halten wir grundsätzlich nicht für die richtige Vorgangsweise. Besonders aber stört uns, dass die Bebauung überwiegend in Einfamilienhaus-Bauweise erfolgen soll, was sicherlich nicht den Richtlinien für flächen-, energie- und kostensparendes Bauen entspricht und auch nicht dem Gedanken, dass eine möglichst verdichtete Bauweise Platz greifen soll. Daher seitens der GRÜNEN ein klares Nein.

Vzbgm. Lehner: Danke an Karl Schönberger für das Lob, welches ich für die Baudirektion auch in Anspruch nehme, die diesen Bebauungsplan entwickelte. Es ist nicht so, dass dieser Bebauungsplan vorwiegend den Bau von Einfamilienhäusern zulässt. Ganz im Gegenteil - die große Mehrzahl ist für eine Reihenbebauung oder für eine Doppelhausbebauung vorgesehen. Wir wollen damit qualitativ hochwertiges Wohnen für Familien in Wels ermöglichen und das unmittelbar im Stadtrandbereich. Auch die Erschließung durch den öffentlichen Verkehr ist gewährleistet. In Summe ein Projekt, das die Qualität in diesem Bereich erhöhen wird. Von einer entsprechenden Nachfrage bin ich überzeugt.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Kirchmayr, GR. Lindlbauer, GR. Hoflehner, GR. Wildfellner und GR. Weidinger sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Saal anwesend.

17.)

Verordnung des Gemeinderats der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 103/1.35 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6014-2014

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses am 11.05.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.35 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es ist richtig, dass dies dem Ziel aller Fraktionen entspricht. Dennoch von uns ein kleiner Vorbehalt – wir sind selbstverständlich für eine Verdichtung im Innenstadtbereich. Wir sind selbstverständlich auch dafür, dass der Schandfleck dieses Parkplatzes beim Gösser-Hintereingang beseitigt wird und dass hier die zur Verfügung stehende Fläche bestmöglich ausgenutzt wird. Aber wir halten es doch für etwas übertrieben im Kernbereich auf sieben Geschosse zu gehen, wenn die umliegenden Häuser diese Geschossanzahl nicht erreichen. Daher seitens der GRÜNEN eine Stimmenthaltung.

Bgm. Dr. Koits: Diese Gelegenheit möchte ich nützen um Danke zu sagen an alle, die dazu beitrugen, dass dieser Plan zustande kam. Damit wurde nach jahrzehntelangen Bemühungen ein wesentlicher Schritt erreicht diese Baulücke für die Innenstadt neu zu gestalten. Es war eine ausgezeichnete Arbeit.

Vzbgm. Lehner: Danke Herr Bürgermeister! Ich hoffe ihre Worte sind Motivation für viele andere Investoren und Hauseigentümer sich zusammenzutun und weitere Projekte dieser Art in der Innenstadt zu realisieren. Genau das brauchen wir für die Zukunft. Ich bitte um Annahme.

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Kirchmayr, GR. Lindlbauer und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 116/D.1.3 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6021-2014
BZ-BauR-6024-2014

Der Antrag (Anlage 25) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses am 11.05.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 116/D.1.3 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

GR. Ganzert: Wels ist auf dem Weg zur Universitätsstadt. Nach dem Endausbau der Fachhochschule Wels werden es über 2.200 Studienplätze sein, die die FH anbietet und zur Verfügung stellt. Studierende tragen einen ganz maßgeblichen Beitrag zu einem idealen Lebensgefühl einer Stadt bei. Daher ist es ganz wichtig den Studierenden Platz und Raum zur Verfügung zu stellen. Beim gegenständlichen Bebauungsplan geht es um ein Heim mit 100 Zimmern.

Dazu gibt es jedoch noch einige Einwände von Anrainern, daher ist noch einiges zu besprechen. Mit diesen Einwendungen sollten wir uns massiv auseinandersetzen, hoffe jedoch im Sinne der Studierenden und im Sinne des Universitäts- und Hochschulstandortes Wels zu einem Ergebnis zu kommen. Betonen möchte ich, es ist ganz wichtig immer wieder Initiativen für Studierende in der Stadt Wels zu setzen.

Vor kurzem wurde im Gemeinderat das Semesterticket für FH-Studierende in Wels beschlossen. Hoffentlich werden noch weitere Initiativen folgen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Im Zusammenhang mit dieser Änderung des Bebauungsplanes gab es doch zahlreiche Einwendungen. Wir alle sind für ein Studentenheim, wir wünschen uns dieses bereits seit langer Zeit. Bis das Land OÖ die entsprechenden Mittel frei gab, verging doch einige Zeit. Jetzt sind wir soweit. Allerdings sollten wir uns noch einen Monat Zeit nehmen, um die sehr zahlreichen Einwendungen seitens der Anrainer zu besprechen. Die Anrainer kontaktierten mich, den Herrn Bürgermeister und auch Vzbgm. Lehner, weil ihnen angeblich Zusagen gemacht wurden, die aufgrund des Siegerprojektes nicht eingehalten wurden. Es sollte nochmals geprüft werden, ob dies tatsächlich so ist oder nicht.

Prinzipiell ist der vorliegende Bebauungsplan noch einmal überprüfungswürdig, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss zur nochmaligen Beratung zuzuweisen.

Bgm. Dr. Koits: Sie hörten diesen Antrag. Ich bedaure jetzt die zeitliche Dimension, die uns nur mehr zur Verfügung steht. Jedoch denke ich ebenfalls, wir sollten uns die Angelegenheit nochmals anschauen. Bei entsprechendem Druck sollte die Sache bis Juli erledigt sein.

Vzbgm. Lehner: Vor der Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung möchte ich ausführen, dass es darum geht ein Gebäude um einen halben Stock zu senken. Dieser Halbstock wäre in Wirklichkeit die Tiefgarage. Ich bin überzeugt, wir werden im nächsten Ausschuss darüber diskutieren. Im Vorfeld werden Gespräche mit der LAWOG und dem Architekten vereinbart. Bis zum nächsten Gemeinderat sollte der Antrag beschlussreif sein.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Dr. Rabl auf Zuweisung gegenständlichen Antrages an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

19.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 311/2.7 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6002-2015

Der Antrag (Anlage 26) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses am 11.05.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 311/2.7 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

20.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 105/1.23 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6006-2015

Der Antrag (Anlage 27) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses am 11.05.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.23 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

21.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für die Ferienaktion 2015 festgelegt werden (Tarifordnung – Ferienaktion 2015)
SO-J-123-2015

Der Antrag (Anlage 28) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 19.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Tarifordnung für die Ferienaktion 2015 beschließen.

GR. Josseck-Herdt: Diese Ferienaktion wird heuer schon zum 31. Mal durchgeführt. Eine sehr erfolgreiche Aktion, gilt es doch die Kinder in den Ferien beaufsichtigt zu haben, während die Eltern arbeiten müssen. Ein paar kleine Wehrmutstropfen fand ich doch im vorliegenden Amtsbericht, der immer eine Art Leistungsschau darstellt mit Teilnehmerzahlen aus dem Vorjahr etc. Dabei musste ich feststellen, dass die Teilnehmerzahlen von Jahr zu Jahr niedriger werden. Vielleicht liegt es an den Tarifen - diese entwickelten sich unterschiedlich. Einige Tarife sind seit 2011 unverändert, einige erhöhten sich moderat. Allerdings wurde der Kurs Skateboarden von 5 auf 8 Euro innerhalb eines Jahres erhöht. Oder seit 2011 stiegen die Kosten für den Hochseilgarten von 15 auf 22 Euro und das Rivertreking von 15 auf 20 Euro.

Manche werden sagen, die drei, fünf oder sieben Euro, die kann man doch verkraften. Die Mütter allerdings sagen, bei zwei oder drei Kindern sieht es schon anders aus. Liegt es vielleicht an den Preisen, dass nicht mehr so viele Kinder an den Veranstaltungen teilnehmen oder liegt es an der Konkurrenz durch die Welser Familien- und

Sportvereine? Diese bieten auch ein großes Angebot an Ferienaktivitäten an. Diese Frage müsste meiner Meinung nach geklärt werden.

Der Schwerpunkt des Programmes liegt auch heuer wieder beim Sport. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, denn die Kinder bewegen sich viel zu wenig. Mit dem Sommeratelier und der Kindertheaterschule wird wieder eine Möglichkeit geschaffen, damit die Kinder sich künstlerisch ausprobieren können. Aber die Kreativität kommt wirklich zu kurz. Ich denke, hier besteht sicher eine gewisse Nachfrage, denn bei der Kreativmesse konnten die Kinder beim eifrigen Basteln, Malen und Formen beobachten werden.

Das Beschäftigen mit Pferden, Therapiehunden und Bienen ist ebenfalls zu begrüßen. Ebenso das Zubereiten von Essen im Zeitalter des Fastfoods. Dass Singen nicht angeboten wird, mit dem habe ich mich schon abgefunden, weil es wahrscheinlich keinen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat. Trotzdem bedanke ich mich sehr herzlich bei Herrn Mittermaier und seinem Team für dieses runde Programm.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Besprochen und diskutiert wurde dieses Ferienprogramm schon ausführlich im Ausschuss. Der musikalische Bereich wird beispielsweise bei den Kinderfreunden angeboten. Ich kann es selbst miterleben, es wird in den Gruppen sehr viel gesungen. Jene Kinder, die ein Musikinstrument spielen, besuchen die Musikschule ganzjährig. Deshalb wird in den Ferien ein diesbezügliches Angebot nicht gewünscht. Ich finde es gut, dass es auch noch andere Ferienaktionen der Kinderfreunde, des Familienbundes und der Abenteuer Familie etc. gibt.

In die schrumpfenden Teilnehmerzahlen muss jedoch auch das Fußballcamp eingerechnet werden. Vielen Dank an Herrn Mittermaier!

StR. Huber: Danke für die positiven Wortmeldungen! Ja, die Teilnehmerzahl ist von 2013 auf 2014 um 30 Teilnehmer zurückgegangen. Immer mehr Vereine, wie der Familienbund, Abenteuer Familie, Kinderfreunde, Sportvereine etc. bieten verschiedene Kurse an. Es liegt ganz sicher nicht an den Preisen, denn diese wurden nur sehr moderat erhöht und zwar dort, wo die Eintrittsgelder erhöht wurden. Beispielsweise beim Ausflug in den Bayernpark mit Bus und Eintritt um 22 Euro – ein sehr niedrig gehaltener Preis. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

22.)

Ankauf eines Rüstlöschfahrzeuges (Hilfeleistungslöschfahrzeuges)
für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels; Ersatz für vorhandenes
Rüstlöschfahrzeug (TLF 1, Baujahr 1994)
SB-Fw-15-2006

Der Antrag (Anlage 29) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 11.5.2015:

Für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels wird bei der Firma ROSENBAUER Österreich GmbH, 4060 Leonding, Paschingerstraße 90, ein Rüstlöschfahrzeug gemäß dem Angebot vom 19. Oktober 2007 zum Preis von € 530.000,00 inkl. MwSt. angekauft.

GR. Mag. Humer: Die Welser Feuerwehr ist eine der leistungsstärksten Feuerwehren, mit den motiviertesten und engagiertesten Feuermehrmännern und –frauen. Dazu wird die entsprechende Technik benötigt. Dieses Fahrzeug ist 21 Jahre alt und weist sehr viele Betriebsstunden auf. Kollege Filla, beste Grüße an den Kommandanten Humer! Ihr seid jetzt motiviert und bestens technisch ausgestattet. Wir fühlen uns in Wels sicher und bestens aufgehoben.

Der Antrag zu Punkt 22. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

23.)

Ankauf eines neuen Serversystems zum Betrieb des Einsatzleitrechners in der Hauptfeuerwache der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels
SB-Fw-21-2015

Der Antrag (Anlage 30) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 11.5.2015:

Für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels wird bei der Firma eww-Gruppe, Teilunternehmen it & tel, Wels, Knorrstraße 10, laut Angebot vom 15.01.2015 ein Server-System zum Betrieb des Einsatzleitrechners der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels zum Preis von € 64.959,36 inkl. MwSt. angekauft.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung sowie der Freiwilligen Feuerwehr im Namen des gesamten Gemeinderates.

Berichterstatterin Stadträtin Christa Raggl-Mühlberger

24.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Wels neu erlassen werden (Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015)
BauD-U-4-2015

Der Antrag (Anlage 31) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 19.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegenden Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 beschließen.

GR. DI. Leitinger: Wir GRÜNEN begrüßen die Neuauflage dieser Förderung. Es wurden aus unserer Sicht einige sehr sinnvolle Verbesserungen getroffen, wie beispielsweise die erhöhte Förderung für den Anschluss an das Fernwärmesystem. Damit ist die Verringerung der Feinstaubbelastung verbunden und die bessere Ausnützung der vorhandenen Kapazitäten, die sich durch den Fernwärmeanschluss in Zukunft ergeben.

Frau StR. Raggl-Mühlberger erwähnte es bereits, der Rahmen dieser Förderung liegt derzeit bei 150.000 Euro pro Jahr – dieser ist bereits im Sommer ausgeschöpft. Das heißt, die Wartezeit für die Antragsteller beträgt bis zu einem Jahr. Das ist aus unserer Sicht für die BürgerInnen nicht vertretbar. Wir würden uns dringend für 2016 wünschen, dass für diese Förderungen, die einer Energiehauptstadt nur zur Ehre reichen, mindestens 200.000 Euro vorgesehen werden.

Der Antrag zu Punkt 24. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

25.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem
Richtlinien zur Förderung von Schallschutzmaßnahmen in Wels
neu erlassen werden (Schallschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015)
BauD-U-11-2015

Der Antrag (Anlage 32) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 19.05.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegenden Schallschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter GR. Mag. Georg Parzmayr

26.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
gültige Strategie zum Ausbau des Hochleistungsinternets
DI-Verf-149-2015

GR. Mag. Parzmayr: Dieser Antrag beschäftigt sich mit dem Ausbau des Hochleistungsinternets. Die EU stellte fest, das Internet hat einen sehr großen Einfluss auf die gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Das gilt auch für Österreich. Das Wachstum der digitalen Wirtschaft basiert hier auf einer dichten Vernetzung ausreichender Übertragungskapazitäten, sicherer Verbindungen und preiswerten Equipments. In weiterer Folge profitiert die traditionelle Wirtschaft durch die Verbundenheit mit dem Internet. Es soll daher laut Ziel der EU bis zum Jahre 2020 allen Europäern ein Internetzugang mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 30 Mbps zur Verfügung gestellt werden. 50 % der Haushalte sollen mehr als 100 Mbps haben. Das hat auch die Regierung Österreichs übernommen und deshalb eine Förderung für diese Internetzugänge in Aussicht gestellt.

Laut Begründung des Antrages sollen bereits ab 2018 in Wels 70 % der Haushalte eine derartige ultraschnelle Verbindung haben. Wie dieser Ausbau der Förderung am besten in anderen Städten funktioniert, sieht man am Beispiel Schrems. Hier wurde eine Leerverrohrungsverordnung, ein mit dem Land Niederösterreich abgestimmter Masterplan, entwickelt. Daraufhin erstellte die Gemeinde eine Detailplanung. Diese hatte zur Folge, dass bei den bisher getätigten Einbauarbeiten sonstiger Träger (Gas, Strom, Fernwärme etc.) gleich an die Verrohrung des Internets gedacht wurde. Das soll auch in Wels so geschehen und deshalb soll ein entsprechender Plan ausgearbeitet werden, wie diese Arbeiten in Wels vorangetrieben werden können.

GR. Ganzert: Dieser Breitbandausbau ist für einen modernen Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Das halte ich genauso wichtig wie Verkehrsanbindungen, die Preise der Grundstücke oder die Qualität der Arbeitskräfte. Ich bin sehr froh über die Umsetzung einer Idee des Infrastrukturministers Dr. Stöger durch die FPÖ-Fraktion. Wenn ich beispielsweise an die Bebauungspläne in Waidhausen denke, handelt es sich um ein Gebiet ohne Kabelmedien und ohne einen High-Speed Zugang. Leider haben wir bei einigen Gebieten in Wels noch Nachholbedarf.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die ÖBB zu sprechen kommen. Letzten Freitag war der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Bundesbahnen, Herr Mag. Christian Kern, in Wels zu Gast und erklärte, dass der Welser Bahnhof als einer der ersten Bahnhöfe Österreichs mit WLAN ausgestattet wird. Ich denke, das Thema Internet und WLAN ist für die Stadt Wels sehr wichtig. Deshalb sollten wir uns intensiv mit diesem Thema befassen.

GR. Haböck: Der Antrag des Kollegen Mag. Parzmayr ist natürlich vollinhaltlich zu unterstützen. Kollege Ganzert, ich würde hier nicht so sehr das Infrastrukturministerium lobend hervorheben. Es würde sich öfter auszahlen in die EU-Statistiken reinzusehen, den der Rückfall Österreichs in allen Rankings betreffend Breitband- und

Telekommunikationsausbau ist verheerend. Anfang der 2000-er-Jahre waren wir hier noch Spitze. Mittlerweile sind wir nur mehr im oberen Drittel bis im Mittelfeld. Dabei ist das rot geführte Ministerium, aber auch EU-weit andere nationale Ministerien sehr rückständig. Beispielsweise hat das junge Estland die flächendeckende Internetversorgung der Bevölkerung in der Verfassung stehen - 98 % des Landes sind mit WLAN ausgestattet.

Südkorea hat das Ziel in den nächsten zehn Jahren 50 % der Haushalte mit 250 Mbps auszustatten. Es wird höchste Zeit in den nächsten 20 Jahren einmal mit 50, 70 oder 100 Mbps in Wels zu starten. Wir erteilen diesem Antrag natürlich die vollste Zustimmung.

GR. Mag. Parzmayr: Ich freue mich auf die signalisierte Zustimmung!

Der Antrag (Anlage 33) zu Punkt 26. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Schulschwänzen und freiwillige Sozialleistungen
DI-Verf-156-2015

GR. DI. Haydinger: Schulschwänzen wird in Österreich immer mehr zum Problem. Im Jahr 2013 wurde bundesweit die Höchststrafe für Schulpflichtverletzungen auf 440 Euro angehoben und gleichzeitig ein sogenannter 5-Stufen-Plan eingeführt, wobei auch definiert wurde, was unter Schulschwänzen zu verstehen ist. Auf Anfrage der Freiheitlichen auf Landesebene wurde erhoben, dass im aktuellen Schuljahr in Oberösterreich 123 Schüler in diesem Stufenplan erfasst sind, davon 48 Schüler aus Wels. Das heißt, 39 % der chronischen Schulschwänzer kommen aus Wels bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung in Oberösterreich von 4,2 %.

Wels ist offensichtlich von diesem Problem des Schulschwänzens besonders stark betroffen. Auch Welser Unternehmer bestätigten mir, dass ein Großteil der hohen Jugendarbeitslosigkeit auf eine niedrige oder nicht vorhandene Qualifikation von Schülern bzw. Schulabbrechern zurückzuführen ist. Diese Jugendliche sind am Arbeitsmarkt einfach nicht oder nur schwer vermittelbar. Schulschwänzen ist der erste Schritt zum Schulabbruch und somit auch zur Arbeitslosigkeit.

Wir Freiheitlichen sehen hier einen akuten Handlungsbedarf und fordern zusätzlich zum 5-Stufen-Plan ab der 2. Stufe dieses Planes, dass Schulschwänzern die freiwilligen Sozialleistungen der Stadt Wels gestrichen werden. Auch die Einführung von SMS-Verständigungen als Frühwarnsystem ist längst überfällig. Die Bedeutung der Schulpflicht soll damit unterstrichen werden.

StR. Huber: Lassen sie mich mit einem Zitat der Bezirksschulinspektorin Karin Lang beginnen: Die Zahlen sind mir nicht erklärbar. Die gleiche Aussage kommt auch von der Landesschulinspektorin für Oberösterreich Barbara Pitzer, und dem Landesschulrat von Oberösterreich. Im Februar 2015 erfolgte eine Erhebung des Oö. Landesschulrates

aufgrund einer Anfrage der Freiheitlichen Partei über das Schuljahr 2013/14. Aus Wels wurde die Zahl 10 aus den Pflichtschulen gemeldet. Derzeitiger Stand Schuljahr 2014/15: drei Gespräche wurden auf Behördenseite geführt. Dieses Gespräch findet auf Stufe 3 c statt. Zur Anzeige wird es in einem Fall kommen. Auf meine Frage nach Problemen mit Schulschwänzern in Zeitraum 2014/15 erhielt ich von Frau Mag. Pfann die Auskunft: So gut wie gar nicht!

Das Thema Schulschwänzer an die Schulanfängerbeihilfe zu koppeln, halte ich für einen schlechten Witz. 196 Kinder bekamen 2014 Schulanfängerbeihilfe in Höhe von 78 Euro. Diese Schulanfängerbeihilfenbezieher gehen in die Vorschule bzw. kommen in die 1. Klasse Volksschule – da gibt es einfach keine Schulschwänzer!

Schulschwänzen ist nicht in Ordnung. Aber 10 Kinder bei 4.680 PflichtschülerInnen sind 0,2 Prozent! Leider wieder einmal ein typischer FPÖ-Antrag. Es werden falsche Zahlen in den Raum geworfen – bewusst oder unbewusst -, es wird Wels schlechtgemacht und es wird für eine Imageschädigung gesorgt. Viel Wirbel, viel Stimmungsmache, viel Popolismus – ich finde es nicht in Ordnung so Politik zu machen. An dieser Stelle möchte ich noch den SPD-Oberbürgermeister von Regensburg, Herrn Joachim Wolfsberg, zitieren: Wer heute in der Politik nicht begriffen hat, dass man mit Ängsten keine Politik machen soll, versündigt sich an der Politik. Wer Ängste für eigene Spielchen instrumentalisiert, hat in der Politik nichts verloren.

StR. Zaunmüller: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich versuche es weniger emotional zu gestalten. Bei Schulschwänzen habe ich keine Toleranz, das ist kein Kavaliersdelikt und Schulschwänzen ist auch nicht cool. Es bedeutet, der Schüler oder die Schülerin versäumt den Lehrstoff, er schwänzt den Unterricht, stellt sich damit außerhalb der Klassengemeinschaft und schmälert dadurch seine persönliche Entwicklungs- und Ausbildungschance gewaltig. Diese Botschaft sollte an alle SchulschwänzerInnen gerichtet werden. Die von Kollegin Huber genannten Zahlen wurden auch mir übermittelt. Das heißt, ich kann bedauerlicherweise das Zahlenwerk dieses Dringlichkeitsantrages nicht nachvollziehen bzw. bestätigen.

Wie ist es möglich ein Schulbeginn-Entgelt, welches die Stadt Wels freiwillig entweder in der Vorschule oder in der 1. Klasse zu Beginn des Schuljahres unter bestimmten Voraussetzungen gewährt, zu streichen? Das verstehe ich aus rein sachlichen Gründen nicht. Denn um diese Leistung zu canceln, muss der Schüler oder Schülerin vorher die Schule geschwänzt haben. Das muss in einem entsprechenden Verfahren festgestellt werden.

In der Begründung des Antrages wird auch noch über die überfällige Schul-SMS gesprochen. Darüber wurde im letzten Bildungsausschuss sehr ausführlich diskutiert und die ausgeteilte schriftliche Stellungnahme der Fachleute sagt sehr eindeutig, dass Schulschwänzen in der ersten und zweiten Klasse Hauptschule oder NMS kaum vorkommt. Allenfalls in der Polytechnischen Schule - ohne das Polytechnikum schlecht zu reden - oder in der 4. Klasse NMS wäre es ein Thema, denn dort sind die Jugendlichen aus Gründen der „Coolness“ oder anderen Gründe verleitet die Schule zu schwänzen. Hier gilt es selbstverständlich gegenzusteuern. Ob das Schulinfo-SMS eine brauchbare Lösung ist zur Eindämmung oder zur Hintanhaltung, bezweifle ich heftig. Es ist notwendig, dass die Eltern und Erziehungsberechtigten der Schüler einverstanden sind ihre persönliche Daten, die Telefonnummer oder eine E-Mail-Adresse bekanntzugeben. Das alles basiert nur auf Freiwilligkeit. Die Praktika zeigt, dass

Schüler, die dazu neigen die Schule zu schwänzen, meist mehr oder weniger aus einem problematischen Elternhaus stammen. Die Pädagogen erreichen die Erziehungsberechtigten in der Regel mit Gesprächen, mit Einladungen, über das Mitteilungsheft und mit Telefonanrufen ohnehin nicht. Geschweige denn, dass sie bereit wären Daten herzugeben oder auf eine SMS zur reflektieren.

Dieses Erfolgsmodell, von dem sie in der Vergangenheit gesprochen haben und welches in Tirol praktiziert wird, geht weit darüber hinaus die Eltern von Schulschwänzern mit SMS zu verständigen. Es ist ein Instrumentarium, welches das Mitteilungsheft ersetzt. Dazu brauchen sie aber in jeder Schule einen Administrator, der diese Datenflut an die Erziehungsberechtigten weiterleitet. Ich lehne das nicht vom Grunde ab, aber der Aufwand für die Schule und die Kosten dafür müssen berücksichtigt werden. In Summe sehe ich das in der Begründung Angeführte äußerst problematisch.

Vzbgm. Dr. Rabl: Zuerst einmal zu dir, liebe Silvia! Die ersten Zahlen haben wir aus der Anfrage an den Landeshauptmann Dr. Pühringer vom 23.04.2012, in der die Frage nach Verwaltungsübertretungen der Stadt Wels mit 277 beantwortet wurde. Im Vergleich dazu hat Steyr 11 Verwaltungsübertretungen. Die Höhe des Strafentgeltes beträgt 9.642,50 Euro. 67 % der Betroffenen sind Migranten. Zur Frage „Wie viele Kinder sind in diesem 5-Stufen-Plan?“, antwortet der Landeshauptmann, dass 123 Schüler davon betroffen sind. Von diesen 123 Kindern sind 48 aus Wels. In weiterer Folge wird bei dieser Anfrage erklärt, was dieser 5-Stufen-Plan umfasst: Einbeziehung der Schulsozialarbeiter, Einbeziehung der Jugendwohlfahrt, eigene Betreuung in den Turnstunden. Wahrscheinlich bekommt man als Schulschwänzer schon einen persönlichen Coach!

Die Gesamtbevölkerungszahlen der Stadt Wels und von Oberösterreich entnehmen wir dem Wikipedia, um zu berechnen, wie viel Prozent die Stadt Wels an der Gesamtbevölkerung - Anteil Oberösterreich und Wels - darstellt. Daraus ergeben sich diese 48 Schüler im Verhältnis zu den 123 Schülern – es waren rein mathematische Aufgaben. Allerdings irritiert mich, dass weder die Bezirksschulinspektorin noch der Landeschulpräsident die eigenen Anfragen ihres Vorgesetzten nicht kennen. Immerhin wurden diese im Landtag so angefordert und sind auch in der öffentlichen Korrespondenz so abrufbar. Diese Zahlen sind von allen einsehbar - also öffentlich - und wurden von Landeshauptmann Dr. Pühringer bekanntgegeben. Jeder, der sagt, sie stimmen nicht, beleidigt damit den Herrn Landeshauptmann. Ich denke, das war nicht beabsichtigt.

Nachdem wir wissen, dass Wels in diesem Zusammenhang Spitzenreiter in ganz Oberösterreich ist, ist der von uns vorgebrachte Vorhalt selbstverständlich gerechtfertigt. Die bisherigen Maßnahmen brachten nichts. Dieser 5-Stufen-Plan bringt laut den damit arbeitenden Lehrern kein Ergebnis. Selbst beim dritten Durchgang gibt es immer noch sehr viele Unbelehrbare. Der ursprüngliche Übertretungsmaßnahmenplan war aus meiner Sicht sinnvoller. Wir müssen uns zusätzliche Sanktionen im Zusammenhang mit dem Schulschwänzen überlegen.

Natürlich ist es möglich den Eltern das Schulanfangsgeld zu streichen. Die Eltern schauen nicht auf die Erfüllung der Schulpflicht und weil sie dies nicht tun, streiche ich bei den nächsten Kindern entsprechende Beihilfen. Darüber hinaus wäre es auch möglich das Schulanfangsgeld im Rahmen einer neuen Richtlinie zurückzufordern. Im

Übrigen lautet der Antrag: „Der Magistrat möge prüfen, ob und welche Sozialleistungen.....“. Das war nur ein Vorschlag unsererseits, das Spektrum der Möglichkeiten ist viel breiter. Wir sind hier von einem populistischen freiheitlichen Antrag ganz weit entfernt. Wir erstellten einen Antrag auf Basis von Fakten, die von Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer zur Verfügung gestellt wurden. Dazu wurden entsprechende Lösungen vorgeschlagen.

Leider kam das bei der Sozialdemokratie wieder nicht so an, wie wir es uns gewünscht hätten. Deshalb bin ich über die Aufklärung froh.

GR. Prof. Mag. Teubl: Niemand will der FPÖ-Fraktion unterstellen einen populistischen Antrag gestellt zu haben. Spaßeshalber meinte Dr. Rabl, es gäbe womöglich noch einen Coach für die Kinder. Stellen sie sich vor, den gibt es schon! Es machen einige KollegInnen zur Zeit die Ausbildung zum Lerncoach. Sie sind dazu da, den SchülerInnen, die zu Hause das Lernen nicht lernten, die nötige Arbeitshaltung nicht mitbringen, unterstützend beizustehen. Es gibt sogar einen Jugendcoach des Landes Oberösterreich, der beratend eingreift, dort wo es darum geht, ob die gewählte Schullaufbahn die richtige ist oder ob eine andere Ausbildung sinnvoller wäre. Es gibt nicht nur die genannten Beratungsangebote, sondern es gibt auch Einzelberatung für die SchülerInnen. Um die sollte es uns eigentlich gehen.

Der Sinn des Ganzen ist zu helfen, damit Kinder die Motivation zur Schule zu gehen wiederfinden. Dazu sollten alle Maßnahmen ergriffen werden, die es nur gibt. Aber wir sollten in erster Linie helfen anstatt zu strafen. Strafen dort wo es sein muss - das wird auch so gemacht. Die Hilfe sollte im Vordergrund stehen, deshalb halte ich diesen Antrag zwar für kein Hirngespinnst, aber für überflüssig.

StR. Raggl-Mühlberger: Ich möchte kurz etwas zu den von dir, lieber Walter, vorgebrachten SMS-Benachrichtigungen sagen. Diesen Aktenvermerk las ich jetzt zum ersten Mal. Ganz so negativ, wie du ihn beschreibst, ist er nicht geschrieben. Beispielsweise wurde angeführt, dass von 22 Schulleitungen 17 einen Fragebogen zum System ausfüllten und das Ergebnis durchaus positiv war. Die Kommunikationsplattform wurde als Arbeitserleichterung, als zeitgemäße, einfache und schnelle Elternkommunikation betrachtet. In Tirol nehmen immer mehr Schulen auf freiwilliger Basis daran teil. Die Kosten bei einer 70-prozentigen Nutzung in Tirol kann man sich berechnen. Also ganz so negativ – wie du das darlegtest – sehe ich das nicht. Ich denke, das wäre eine einfache und gute Lösung wenigstens den Versuch zu starten das Schulschwänzen etwas eindämmen zu können.

GR. Reindl-Schwaighofer: Trotz der fortgeschrittenen Stunde gehört auch dieser Antrag noch ausführlich diskutiert. Ein gutes Beispiel, wie mit Zahlen umgegangen wird, ist in der Wortmeldung des Dr. Rabl ersichtlich, der sagte, diese Anfrage an den Landeshauptmann ist aus dem Jahre 2012. Wenn es stimmt, dass diese Zahlen aus dem Jahre 2012 stammen und wenn die Vertreter der Schulbehörde und die Mitarbeiterin des Magistrates die aktuellen Zahlen kennen, dann konstatiere ich eine gravierende Verbesserung. Wir müssen uns jetzt um 20.00 Uhr damit beschäftigen, dass die FPÖ-Fraktion wieder mit falschen Zahlen „eine Sau für die Stammtische durchs Dorf treibt“. Ich beschäftige mich gerne mit seriösen Zahlen, darüber kann diskutiert werden.

Ich möchte darauf hinweisen, die SMS-Geschichte wurde auch von unserer Fraktion unterstützt. So zu tun, alles was von der FPÖ kommt, wird nicht diskutiert, ist einfach nicht wahr. Es werden unrichtige Zahlen in den Raum gestellt. Das Beispiel aus Tirol wird als Allheilmittel dargestellt. Das heißt, diese Datenbank ersetzt alle anderen Mitteilungsmöglichkeiten, wie Mitteilungsheft etc. Versuchen wir doch gemeinsam, dort wo es Probleme gibt, diese so zu benennen wie sie sind und übertreiben nicht alles haushoch, um die nicht passenden Dinge noch zu verschärfen. Schulschwänzen hängt sehr oft mit dem sozialen Status der Familie zusammen. Wenn wir lösungsorientiert vorgehen möchten, beschäftigen wir uns mit seriösen Zahlen und nicht mit Zahlen von 2012, die in das Jahr 2015 transferiert werden und die Basis für einen Antrag darstellen.

GR. Haböck: Es ist immer wieder erheiternd, wenn die „Chlorhuhnwarner“ den „Bluthundschokoladewarner“ Populismus vorwerfen. Dieses Vorwahlgeplänkel ist ganz nett, aber im Antrag steht: Der Magistrat möge prüfen, ob etwas möglich wäre. Warum diskutieren wir hier die ganze Zeit und lassen es nicht ganz einfach prüfen. Wir können anschließend aufgrund dieser Prüfung unsere Entscheidung treffen. Das nur als kleinen Input, bevor die Sache zu sehr in Wahlkampf ausartet.

StR. Zaunmüller: Ich melde mich zu so später Stunde noch einmal zu Wort, weil ich persönlich angesprochen wurde. Kollege Haböck brachte es auf den Punkt. Wir werden der Möglichkeit zu einer solchen Prüfung durch den Magistrat natürlich zustimmen, wengleich ich der Meinung bin, der Antrag ist inhaltlich mit gewissen Fehlern behaftet. Ich glaube, der Kollege vergaß nur ganz einfach, dass es keine zusätzliche Schulanfängerförderung in der dritten, in der fünften und in der neunten Schulstufe gibt. Dann würde es durchaus Sinn ergeben, dieses Instrumentarium zu verwenden.

Liebe Christa, diese Schul-SMS kann eine interessante Sache werden, aber nicht in der Form, wie es seinerzeit beantragt wurde. Sinn macht es nur, wenn hohe bis höchste Freiwilligkeit der Erziehungsberechtigten gegeben ist. Nicht mehr und nicht weniger. Ich bezweifle, dass diese Freiwilligkeit bei den problembehafteten SchülerInnen erreicht werden kann.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich sehe mich zu einer kurzen Richtigstellung veranlasst. Lieber Johnny, natürlich sind die zitierten Zahlen aus 2011 auf Basis einer Anfrage aus dem Jahr 2012. Das steht auch so im Antrag. Die nächsten herangezogenen Zahlen sind aus dem Jahr 2015 für die Jahre 2014/15 - neuere Zahlen gibt es nicht. Ich weiß, es tut weh, aber trotzdem sind das die verwendeten Zahlen, die wir vom Land zur Verfügung gestellt bekamen. Der Antrag lautet – hier gebe ich dem Kollegen Haböck Recht – prüfen wir es einmal. Was spricht dagegen? Wir beschränkten uns nicht auf eine bestimmte Sozialleistung. Sehen wir uns einfach die Möglichkeiten an. Das ist der Sinn des Antrages. Wir benötigen ein wirksames Instrument, welches wir zur Zeit leider nicht haben.

GR. Mag. Parzmayr: Wenn die Welser Freiheitlichen Missstände in Wels aufzeigen und darüber abstimmen wollen, wird immer angeführt, wir schüren Ängste und betreiben billigen Populismus. Zu den unrichtigen Zahlen möchte ich anführen, wenn wir uns auf die Zahlen von Landeshauptmann Dr. Pühringer nicht verlassen können, auf was sollen wir uns dann verlassen?

Im Jahr 2013 beschloss die Bundesregierung (Rot und Schwarz) Schulschwänzen ist ein Problem, wodurch dieser 5-Stufen-Plan ins Leben gerufen wurde. Diese Zahlen

belegen, dass dieser 5-Stufen-Plan offensichtlich nicht geübt hat. Daher fordern wir sich darüber hinaus Gedanken zu machen. Dann heißt es, wir in Wels haben kein so großes Problem. Bei Gesprächen mit Welsener Unternehmern werden sie ein Bild über das Problem bekommen. Es werden teilweise Hilfsarbeiter eingestellt, wo nach einiger Zeit festgestellt wird, dass sie weder lesen noch schreiben können.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

18 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 16 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Weidinger ist bei der Abstimmung zu o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Dieser Antrag wird vom Magistrat bearbeitet, soweit die verantwortliche Zuständigkeit gegeben ist. Meine Anliegen wäre die Bildungskette in Wels vorzutreiben. Damit erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: